



Parlamentssitzung 20. Juni 2016

Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall
19.00 – 22.20 Uhr

Vorsitz Markus Willi (SP)

Anwesend Elena Ackermann (JGK)
Christina Aebischer (Grüne)
Annemarie Berlinger-Staub (SP)
Adrian Burkhalter (SVP)
Vanda Descombes (SP)
Heidi Eberhard (FDP)
Anton Eder (CVP)
Thomas Frey (BDP)
Katharina Gilgen-Studer (SVP)
Beat Haari (FDP)
Fritz Hänni (SVP)
Erica Kobel-Itten (FDP)
Hanspeter Kohler (FDP)
Andreas Lanz (BDP)
Bernhard Lauper (SVP)
Mike Lauper (SVP)
Stefan Lehmann (SVP)
Cathrine Liechti (SP)

Ruedi Lüthi (SP)
Thomas Marti (GLP)
Heinz Nacht (SVP)
Katja Niederhauser-Streiff (EVP)
Astrid Nusch Zanger (SP)
Hansueli Pestalozzi (Grüne)
Mathias Rickli (Grüne)
Christian Roth (SP)
Elisabeth Rüeeggesser (SVP)
Christoph Salzmann (SP)
Bruno Schmucki (SP)
Barbara Thür (GLP)
Werner Thut (SP)
Casimir von Arx (GLP)
Iris Widmer (Grüne)
Ulrich Witschi (BDP)
Bernhard Zaugg (EVP)
Reto Zbinden (SVP)

Entschuldigt Hans Ulrich Kropf (BDP)
Anita Moser Herren (FDP)

Stephan Rudolf (BDP)

Gemeinderat Ueli Studer (SVP), Gemeindepräsi-
dent
Rita Haudenschild (Grüne), Vizeprä-
sidentin

Thomas Brönnimann (GLP)
Katrin Sedlmayer (SP)
Urs Wilk (FDP)

Sekretärin Verena Remund

Protokoll Ruth Spahr

Inhaltsverzeichnis

1.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 23. Mai 2016	119
2.	Kommissionsersatzwahlen.....	119
3.	Jahresbericht 2015 (Gemeinderechnung 2015 und Verwaltungsbericht 2015)	119
4.	Planungsbeschluss „Erhöhung des jährlichen Beitrags für Könizer Bibliotheken“ (SP Köniz) – Bericht Erfüllung	136
5.	Planungsbeschluss „Köniz sozial: Frühförderung von Kindern sicherstellen – auch bei knappen Finanzen (SP Köniz)“ – Bericht Erfüllung	138
6.	Reglement über die Spezialfinanzierung „Globalsteuerung Volksschule“ - Teilrevision	140
7.	Wasserversorgung; Sanierung „Rote Druckzone“	125
8.	Köniz, Bläuacker – Abgabe von Land im Baurecht, Kredite für öffentlichen Platz und für die Verlegung der Recyclingsammelstelle	128
9.	Energiekonzept Köniz 2025	142
10.	1219 Motion (SP Köniz) "Stromgelder zur erfolgreichen Umsetzung der Energiestrategie 2010 - 2035 der Gemeinde Köniz"	142
11.	1605 Postulat (Grüne) „SlowUp Region Bern - Köniz macht mit!“	142
12.	1606 Interpellation (SP Köniz) "Köniz sozial: mit einer Mietfachstelle die Könizer Mieterinnen und Mieter stärken"	142
13.	1614 Interpellation (SVP) "Kosten Tour de Suisse 2015/Tour de France 2016"	142
14.	1415 Postulat (SP, Grüne) „Altes Schulhaus Schliern“	142
15.	Verschiedenes.....	142

Begrüssung

Parlamentspräsident Markus Willi: Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur Juni-Sitzung 2016 des Könizer Parlaments. Das Programm heute ist vielseitig und anspruchsvoll und deshalb erlaube ich mir eine zügige Vorgehensweise.

Es sind 34 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Markus Willi: Da die Traktandenliste heute voraussichtlich nicht fertig beraten werden kann, bitte ich Sie, sich den nächsten Montag für die Folgesitzung zu reservieren.

Die Akten zur heutigen Sitzung sind Ihnen am 2. Juni 2016 zugestellt worden. Mit einem Nachversand haben Sie den Bericht über die Verwaltungsbesuche der GPK am 14. Juni 2016 per E-Mail erhalten.

Traktandenliste

Parlamentspräsident Markus Willi: Die beiden Abstimmungsvorlagen sind auf der Traktandenliste die Punkte 7 und 8. Diese beiden Traktanden müssen zwingend heute beraten werden. Traktandum 2 entfällt, da keine Wahlen vorzunehmen sind.

Ich beantrage, die beiden Traktanden 7 und 8 direkt nach Traktandum 3, Jahresbericht 2015, zu beraten. Die anderen Traktanden verschieben sich somit entsprechend nach hinten.

Die Traktandenliste wird mit den genehmigten Änderungen genehmigt.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 23. Mai 2016

Thomas Marti (GLP): Am Schluss meines Votums auf Seite 96 stellte ich dem Gemeinderat eine Frage, die ich zu meinem Erstaunen nicht beantwortet erhielt. Beim Lesen des Protokolls verstand ich dies dann, weil die Frage unverständlich gestellt worden ist. Im Protokoll lautet der Satz: „Hier besteht in meinen Augen eine doppelte finanzielle Entlastung, da die Mittel für die Schwachgasanlage aus der Spezialfinanzierung entnommen werden können und zudem Mittel der Stiftung KLIK erwarten werden können. Ich frage den Gemeinderat an, ob ich das System richtig begriffen habe.“ Ich bitte, diesen Teil wie folgt zu korrigieren: *„Hier besteht in meinen Augen eine doppelte finanzielle Entlastung des Nachsorgefonds, da die Mittel für die Schwachgasanlage nicht aus dem Nachsorgefonds entnommen werden und zudem die Mittel der Stiftung KLIK auf das Konto des Nachsorgefonds einbezahlt werden.“*

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 23. Mai 2016 wird genehmigt.

2. Kommissionersatzwahlen (allfällige Akten: Nachversand)

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt dieses Traktandum.

Fritz Hänni trifft ein, somit sind 35 Parlamentsmitglieder anwesend.

3. Jahresbericht 2015 (Gemeinderechnung 2015 und Verwaltungsbericht 2015) Genehmigung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Parlamentspräsident Markus Willi: Die Sitzungsunterlagen, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, der Jahresbericht mit Anhang und eine Zusammenfassung der Berichte der Verwaltungsbesuche der GPK, sind Ihnen zugestellt worden.

Das Vorgehen: Zuerst spricht die Präsidentin der Finanzkommission zu den Punkten 1 und 2.1 und anschliessend votiert die GPK-Präsidentin zu Punkt 2.2 des Antrags des Gemeinderats. Danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss folgt die Abstimmung.

Präsidentin Finanzkommission Erica Kobel-Itten (FDP): Zuerst danke ich dem Gemeinderat und der Verwaltung herzlich für ihre Arbeit im Zusammenhang mit dem Jahresbericht 2015. Vor uns liegt, auch in den Augen der Finanzkommission, ein Bericht, der transparent und lesbar ist und im Vergleich zu früheren Jahresberichten einen Quantensprung darstellt.

Die Finanzkommission setzte sich mit dem Bericht auseinander. Sie wurde vorgängig zur Medieninformation über die Rechnung 2015 orientiert und in weiteren Sitzungen gab der Gemeinderat Auskunft auf Fragen und Anliegen der Finanzkommission. Die nun vorliegende Rechnung 2015 schliesst bei einem Umsatz von 219 Millionen Franken mit einem Aufwandüberschuss von rund 1,2 Millionen Franken ab, d. h. rund 0,5 Millionen Franken besser als budgetiert. Das Resultat ist besser als erhofft. Allein, es gibt keinen Anlass zu grosser Euphorie. Dennoch sind einige positive Kennzahlen hervorzuheben: Der Gesamtsteuerertrag liegt rund 1,5 Millionen Franken über dem Voranschlag. Die Einkommens- und Vermögenssteuern der natürlichen Personen, nebst den Gewinnsteuern der juristischen Personen, trugen zu dieser Besserstellung bei. Hier ortet man ein erstes positives Zeichen in Bezug auf die Bevölkerungszunahme. Dieses Zeichen kann auf eine weitere Verbesserung in den nächsten Jahren hinweisen. Ein weiterer positiver Punkt ist der Selbstfinanzierungsgrad der Gemeinde, der – entgegen den Vorgaben – leicht gestiegen ist. Er befindet sich immer noch in einem kritischen Bereich – es wäre beschönigend, diese Zahl als positiv zu betrachten –, immerhin aber besser ausgefallen als erwartet. Weiter fällt positiv aus, dass die budgetierten Investitionen eingehalten worden sind. Ein Umstand der, weil er in vorherigen Jahren nicht immer erfüllt worden ist, immer wieder kritisiert werden musste. In der vorliegenden Rechnung 2015 ist dieser Punkt mit rund 102 Prozent erfüllt.

Diesen positiven Zeichen stehen einige zu kritisierende Punkte gegenüber, die in der Finanzkommission diskutiert worden sind: Der eine betrifft die Nachkredite. Hier ist vor allem in nicht sehr bedeutenden Bereichen vermehrt auf die Budgetgenauigkeit zu achten. Auch wenn die Budgetkontrolle grundsätzlich gut funktioniert, kann hier in Zukunft noch mehr erreicht werden. Damit sind vor allem Nachkredite gemeint, die nicht dem Parlament vorgelegt werden müssen. Jenen die vorgelegt werden, gibt es grundsätzlich nichts anzufügen, es handelt sich dabei vor allem um Auslagen, die nicht primär von der Gemeinde aus gesteuert werden konnten.

Basierend auf diesen Diskussionsthemen empfiehlt die Finanzkommission dem Parlament einstimmig, sowohl Punkt 1 als auch Punkt 2.1 des Antrags des Gemeinderats zuzustimmen.

GPK-Präsidentin Barbara Thür (GLP): Mein Thema sind die Verwaltungsbesuche der GPK. Die Direktionsreferentinnen und –referenten haben auch in diesem Jahr ihre Verwaltungsbesuche durchgeführt. Die Ergebnisse des Rückblicks auf 2015 sind in der Zusammenfassung der Verwaltungsbesuche dokumentiert.

Die GPK dankt den Direktionen für die gute Aufnahme der GPK-Mitglieder bei ihren Verwaltungsbesuchen. Die GPK schätzt dieses Instrument, ergeben sich doch immer interessante Diskussionen und ein interessanter Austausch. Auch vonseiten der Direktionen kam die Rückmeldung, dass sie sich über die Verwaltungsbesuche freuen und diese auch schätzen. Neben den diversen direktionsspezifischen Themen beschloss die GPK ein Querschnittsthema: Eine genauere Betrachtung der Zusammenarbeit unter den Direktionen. Die GPK hat aufgrund einiger abteilungsübergreifender Geschäfte, welche in der GPK beraten worden sind, manchmal das Gefühl, diese Zusammenarbeit könnte optimiert oder intensiviert werden. Das Resultat der Befragung zum Querschnittsthema ist grundsätzlich positiv und zeigt, dass eine institutionalisierte Zusammenarbeit vorhanden ist. Es gibt Weisungen, Abläufe, abteilungsübergreifende Tools, IT-Plattformen; auch das Informatikzentrum fördert die Zusammenarbeit zwischen den Direktionen. Deshalb ist auf dem Papier und von den Möglichkeiten her alles bestens. Ein kleines aber besteht dennoch: Hinter jedem Geschäft stehen Personen und von diesen hängt es oft ab, ob Zusammenarbeit gelebt und gewünscht wird oder eben nicht. Es schadet aus der Sicht der GPK deshalb nicht, dass bei den bestehenden guten Möglichkeiten immer wieder daran gedacht wird, dass einige Geschäfte von einer guten oder noch besseren Zusammenarbeit profitieren könnten.

Nochmals ein herzliches Dankeschön vonseiten der GPK für den offenen und informativen Austausch mit den Direktionen. Dank auch an die GPK-Referentinnen und –referenten für die verfassten Berichte.

Bruno Schmucki trifft ein, somit sind 36 Parlamentsmitglieder anwesend.

Parlamentspräsident Markus Willi hält fest, dass Eintreten obligatorisch ist.

Fraktionssprecher Casimir von Arx (Mitte): Im Planungsantrag hat der Gemeinderat die verschiedenen Instrumente des Planungs- und Berichtswesens der Gemeindeverwaltung Köniz schematisch dargestellt. Heute befassen wir uns mit jenen Instrumenten die in die Vergangenheit schauen, also mit der Jahresrechnung und dem Verwaltungsbericht. Beim Zurückschauen werden oft Dinge festgestellt, die besser vorher bekannt gewesen wären. Ziffer 1 des Antrags des Gemeinderats, die Nachkredite, gehören in diese Kategorie. Ich glaube jedoch, dass der Gemeinderat insgesamt eine lobenswerte Budgetgenauigkeit an den Tag legt; auf eine Ausnahme gehe ich später ein. Auch die Investitionsquote von 102 Prozent spricht durchaus für eine realistische Planung.

Im Nachhinein ist man immer weiser, das gilt auch für die Mitte-Fraktion. Erlauben Sie mir eine Bemerkung in Bezug auf das Rechnungsergebnis 2015: Unsere Fraktion sah bereits im Voraus was möglich ist, denn bei der Verabschiedung des Budgets 2015 beantragten wir, dass das budgetierte Rechnungsergebnis 2015 um 500'000 Franken besser ausfallen soll. Tatsächlich schliesst die Rechnung 2015 um 553'000 Franken besser ab als budgetiert. Leider ist das Ergebnis trotzdem ein Aufwandüberschuss, aber an dieser Baustelle wird gearbeitet. Die Finanzkennzahlen in Kapitel 3.9 sind nicht gerade erfreulich, jedoch auch keine Negativüberraschung, gemessen an dem was zu erwarten war. Im tiefen Selbstfinanzierungsgrad spiegelt sich die hinlänglich bekannte Tatsache, dass aktuell mehr Geld für Investitionen ausgegeben wird als von den Erträgen im gleichen Jahr hätte ausgegeben werden können.

Das Traktandum Verwaltungsbericht mit Jahresrechnung steht jedes Jahr an und hat deshalb etwas Repetitives. Das muss jedoch nichts Schlechtes sein, man kann dieses Repetitive auch kultivieren. In diesem Sinn weise ich gerne – wie bereits letztes Jahr – auf die Tabelle mit den Verkehrsunfällen mit Personenschäden im Statistikteil auf Seite 48 hin. Die Unfälle werden unter anderem aufgegliedert nach Motorrad, Motorfahrrad und Kleinmotorrad. Die beiden letzten Kategorien weisen zusammengezählt einen Unfall aus. Diese Zahlen bewegten sich auch in den letzten Jahren jeweils im tiefen einstelligen Bereich. Eine Aufgliederung in sämtliche Motorradkategorien scheint deshalb für die meisten Zwecke etwas überdetailliert. Demgegenüber werden die E-Bike-Unfälle immer noch unter den Velounfällen subsummiert. Das obwohl vermutlich mehr E-Bike-Unfälle passieren als Unfälle mit den einzelnen Motorradkategorien und obwohl die Unfallgefahr bei E-Bikes gesellschaftlich viel relevanter ist und seit mehreren Jahren Anlass zu Diskussionen gibt. Wir fordern deshalb den Gemeinderat wie bereits im Vorjahr auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit E-Bike-Unfälle gesondert ausgewiesen werden können.

Zum Verwaltungsbericht bringe ich drei neue Bemerkungen an: Zuerst zur Produktegruppe 119, Polizeiinspektorat: Der Gemeinderat hat seinen Plan, den Ertrag aus Geschwindigkeitsbussen zu steigern, offenbar wirkungsvoll umgesetzt. Er stellte 22 Prozent mehr Geschwindigkeitsübertretungen fest als im Vorjahr. Trotzdem ist er meilenweit hinter seinem Budgetziel zurückgeblieben. Bei den Erträgen des Budgetpunkts 119.1 um fast 800'000 Franken, was doch rund zwei Drittel des Defizits der gesamten Rechnung 2015 sind. Wir bitten den Gemeinderat, hier um eine realistischere Budgetierung für das nächste Jahr.

In der Produktegruppe 122, öffentliche Bauten, wird eine Studie über den Neubau als Ersatz für das alte Schulhaus Schliern erwähnt. Diese Studie ist, wenn wir nichts übersehen haben, dem Parlament bisher noch nicht zur Kenntnis gebracht worden. Angesichts der engagierten Diskussion über das alte Schulhaus zeigen wir uns darüber erstaunt.

Die neue Form des Jahresberichts ist als Ganzes aus unserer Sicht sehr gut. Eine kleine Anregung: Im Jahresbericht der Produktegruppen könnten die Texte etwas empfängergerechter verfasst sein. Zum Teil sind die geschilderten Sachverhalte ohne Vorkenntnisse nicht gut verständlich.

Ich bedanke mich an dieser Stelle im Namen der Mitte-Fraktion beim Gemeinderat und vor allem bei den Mitarbeitenden der Verwaltung für ihre Arbeit, die sie im vergangenen Jahr für die Gemeinde und ihre Bevölkerung geleistet haben. Darunter befinden sich viele Aufgaben, die Pfeiler für das Funktionieren unserer Gemeinde darstellen, jedoch unter dem politischen Radar durchschlüpfen. Das liegt vielleicht daran, weil sie so gut funktionieren und kaum Handlungsbedarf für das Parlament besteht.

Hochpolitisch wird es in der zweiten Jahreshälfte, wenn wir uns wieder mit den Instrumenten des Planungs- und Berichtswesens befassen, die in die Zukunft schauen. Ich nehme an, die Diskussionen werden dannzumal wenige harmonisch verlaufen.

Die Mitte-Fraktion wird den beantragten Nachkrediten zustimmen, die Rechnung genehmigen und vom Verwaltungsbericht zustimmend Kenntnis nehmen.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): Die SP-Fraktion zieht eine positive Bilanz von der neuen Form des Jahresberichts. Er ist aus unserer Sicht übersichtlich, ansprechend und informativ. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die grosse und wertvolle Arbeit. Ein Jahresbericht stellt immer wieder eine Informationsquelle für die Politik, für das Parlament, aber auch für die Bevölkerung der Gemeinde Köniz dar.

Gerne nehme ich im Namen der SP-Fraktion die Gelegenheit wahr, auf einige Punkte hinzuweisen, die aus unserer Sicht wichtig sind: Sehr erfreulich ist, dass es dem Gemeinderat gelungen ist, die Nettoinvestitionen auf guten 100 Prozent zu realisieren und somit das geplante Volumen, das man in den Werterhalt und in den Ausbau der Infrastruktur investieren will, auch zu realisieren. Das ist wichtig, weil wir ansonsten zulasten der nachfolgenden Generationen leben. Die Organisation der Verwaltungen in Bezug auf die Überwachung und Auslösung von Investitionen scheint sich zu bewähren.

Zu denken gibt der SP-Fraktion der Selbstfinanzierungsgrad, der sich deutlich unter 100 Prozent bewegt, was zu einer weiteren Verschuldung der Gemeinde Köniz führt. Dies vor allem, wenn man bedenkt, dass die rasch steigenden Schülerzahlen zusätzliche Investitionen auslösen dürften. Wir müssen deshalb dem Selbstfinanzierungsgrad grosse Beachtung schenken, insbesondere mit Blick auf die künftige Finanzplanung. Die SP-Fraktion weist auch auf die beiden Seiten der Medaille von tiefen Zinsen hin: Es ist sehr erfreulich, dass der Zinsbelastungsanteil, die Nettozinsen in Prozent des Finanzertrags, auf eine sehr tiefe Belastung hinweisen. Derzeit besteht damit kein Problem. Sobald die Zinsen jedoch wieder ansteigen, wird der Zinsdienst zu einem zunehmenden Ausgabenposten werden. Die Anforderungen an eine künftige Finanzstrategie sieht die SP-Fraktion daher darin, dass einerseits die Investitionen hoch gehalten werden, um die notwendigen Werterhalts- und Zusatzbedarfsmassnahmen im Infrastrukturbereich zu tätigen und andererseits, dass die Finanzierung mit einem geschickten Mix aus der Einnahmenbewirtschaftung und dem Nutzen der tiefen Zinsen sichergestellt werden.

Zum Schluss weise ich auf eine andere sinkende Zahl hin: Sie zeigt auf, dass die Sparbeschlüsse des Grossen Rats im Rahmen von ASP 2014 (Angebots- und Strukturüberprüfung) ihre Spuren auch in der Jahresrechnung der Gemeinde Köniz hinterlassen. Der Grosse Rat hat 2013 die Beiträge für Bezügerinnen und Bezüger von Hauswirtschaftsleistungen mit tiefem Einkommen gänzlich gestrichen. In der Produktgruppe 113.1 Institutionelle Sozialhilfe, ist die Anzahl „verrechenbare Stunden Hauswirtschaft“ dramatisch gesunken. Die Nachfrage dürfte jedoch nicht einfach nicht mehr vorhanden sein, sondern die Menschen mit tiefem Einkommen können sich diese schlicht nicht mehr leisten. Dies obschon sie hauswirtschaftliche Unterstützung eigentlich nötig hätten. So sieht Sparen gemäss den Regeln des Grossen Rats aus.

Die SP-Fraktion stimmt den beantragten Nachkrediten 2015 zu und auch der beantragten Genehmigung der Rechnung 2015.

Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP): Auch die FDP-Fraktion spricht Dank für den sehr guten Jahresbericht 2015 aus. Wir bitten den Gemeinderat, diesen Dank allen weiterzuleiten, die am Jahresbericht mitgearbeitet haben.

Wie immer handelt es sich bei der Debatte um den Jahresbericht um Geschichtsschreibung. Die FDP-Fraktion geht bewusst nicht auf einzelne Punkte ein. Die wichtigen finanzpolitischen Punkte hat die Präsidentin der Finanzkommission bereits genannt. Wir setzen unsere Energie in die anstehende Budgetdebatte ein.

Am Jahresbericht 2015 gibt es nichts zu korrigieren. Die FDP-Fraktion wird sowohl dem Jahresbericht 2015 als auch die beantragten Nachkredite zustimmen.

Fraktionssprecherin Kathrin Gilgen-Studer (SVP): Ich äussere mich zum Finanzteil des Jahresberichts, das Loben überlasse ich Elisabeth Rüeeggger.

Grundsätzlich schloss die Rechnung 2015 besser ab als budgetiert, sie weist trotzdem einen Verlust von 1,2 Millionen Franken aus. Erfreulicherweise sind die Steuereinnahmen bei den Gewinn- und Kapitalsteuern gestiegen, was jedoch in der bestehenden guten Wirtschaftslage auch so sein muss. Im Gegensatz dazu sind die Einnahmen bei den Einkommens- und Vermögenssteuern um fast 1,5 Millionen Franken tiefer als budgetiert. Ein sorgsames Umgehen mit den Ausgaben wäre wichtig, um in wirtschaftlich guten Zeiten wie zurzeit, am Schuldenabbau zu arbeiten.

Die Nachkredite sind zum Teil klar und zum Teil störend. Auch wenn wir ein gewisses Verständnis für die Nachkredite bei den Tagesschulen aufbringen können, möchten wir doch wissen, wie hoch der Betrag aus dem Lastenausgleich für diesen Posten ist oder wo er klar ersichtlich wäre.

Der Cashflow reicht bei weitem nicht aus, die Investitionen zu finanzieren. Die Verschuldung nimmt weiter zu und in Zukunft sind weitere grosse Investitionen geplant, die zur Verschärfung der Schuldsituation beitragen werden. Wir hoffen, dass es nicht Absicht des Gemeinderats ist, dieses Ziel mit einer Steuererhöhung zu lösen, sondern dass mit der Aufgabenüberprüfung die Ausgaben im Griff behalten werden können und eine klare Strategie für die Schuldenbremse ausgearbeitet wird. Einer Steuererhöhung zum heutigen Zeitpunkt kann die SVP-Fraktion nicht zustimmen.

Die SVP-Fraktion stimmt den beantragten Nachkrediten zu und genehmigt die Rechnung 2015.

Fraktionssprecherin Iris Widmer (Grüne): Auch die Fraktion der Grünen dankt an dieser Stelle dem Gemeinderat für die Vorlage des Jahresberichts 2015 und für die geleistete Arbeit.

Unsere Gedanken zum Jahresbericht 2015 sind folgende: Die Rechnung hat, wie letztes Jahr, besser abgeschlossen als befürchtet; das ist schon mal eine gute Nachricht. Wir würdigen insbesondere die Finanzkennzahlen unter Ziffer 3.9 positiv. Insgesamt können die Finanzkennzahlen, trotz der nicht einfachen Situation der Gemeinde Köniz, doch als ordentlich bezeichnet werden. An dieser Stelle bestätige ich dies wissenschaftlich: Wie jedes Jahr gibt die Universität Lausanne eine Studie heraus, die Kantons- und Gemeindefinanzen vergleicht. Aufgrund dieser Unterlagen stelle ich fest, dass die Gemeinde Köniz immer gut bis sehr gut abschneidet. Das soll einmal zur Kenntnis genommen werden.

Auch wir würdigen die Investitionsquote positiv. Nicht getätigte oder aufgeschobene Investitionen können zu einer Last für künftige Generationen werden. Dabei gilt es zu bemerken, dass die Investitionen immer noch eher im Bereich schwach als im Bereich mittel sind. Wir nehmen auch positiv zur Kenntnis, dass trotz der Aufnahme von 50 Millionen Franken der Zinsbelastungsanteil sehr niedrig ist. Natürlich sehen wir die Risiken in Bezug auf das Fremdkapital auch; zurzeit sind jedoch die Zinsen für langfristige Investitionen tief und in den nächsten Jahren ist nicht mit einem Anstieg zu rechnen. Die Fraktion der Grünen hält das Vorgehen deshalb für vertretbar. In einer Phase von Vorinvestitionen, in welcher sich die Gemeinde Köniz befindet, kann nicht gleichzeitig Schuldenabbau betrieben werden. Wir sind jedoch sehr interessiert daran, was die Finanzstrategie des Gemeinderats dazu aussagt. Wie die Schulden, können auch nicht getätigte oder aufgeschobene Investitionen zu einer Last für künftige Generationen werden.

Der Lastenausgleich – das ist jeweils eine grosse Unbekannte – ist 2015 zugunsten der Gemeinde Köniz etwas besser ausgefallen. Auch wir stellen fest, dass die Nachkredit-Tabelle eindrücklich lang ist. Wir werten dies als Indiz, dass in den meisten Abteilungen oder Fachbereichen nicht mehr viel Luft vorhanden ist und dass die berühmte Zitrone tatsächlich ausgepresst ist. Zur Einhaltung des Budgets 2015 könnten gewisse Zufallskomponenten mitgeholfen haben. Die Rechnung ist Vergangenheit, wirft aber unweigerlich Zukunftsfragen auf. Die Fraktion der Grünen hat hier des Öfteren festgehalten, dass wir uns in einer Phase der Vorinvestitionen befinden. Vorinvestitionen heisst: Ein- und Ausgaben sind versetzt, d. h. zuerst bezahlen und dann einnehmen. Wir gehen davon aus, dass es sich dabei um einen – ich betone dies – vorübergehenden Zustand handelt und nicht um einen Dauerzustand. Das ist z. B. so im Ried, wo die Gemeinde Köniz viele Vorinvestitionen leistet. Man rechnet jedoch bei 1'000 Haushaltungen mit je 5'000 Franken Steuerertrag, was 5'000'0000 Millionen Franken pro Jahr ergibt. Damit könnten die getätigten Investitionen doch relativ schnell abbezahlt werden. Steuereinnahmen werden dereinst auch von den Einwohnenden im Bläuacker II generiert. Die Ertragsseite sieht für 2015 gar nicht so schlecht aus. Unter Ziffer 129.1 ist ersichtlich, dass die Einnahmen der juristischen Personen bereits 2014 gestiegen sind und 2015 gehalten werden konnten. In der Gemeinde Köniz haben sich gute Unternehmen angesiedelt und das ist erfreulich. Vermutlich darf immerhin bis zum Inkrafttreten von USR III (Unternehmenssteuerreform III) mit höheren Steuererträgen gerechnet werden.

Die Fraktion der Grünen wird den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Fraktionssprecher Thomas Frey (BDP): Die BDP – die bürgerlich-liberale-Mitte-Partei von Köniz – wird den Jahresbericht 2015 genehmigen, wie auch den beantragten Nachkrediten. Doch eigentlich sind wir nicht zufrieden.

Wir danken der Verwaltung für die geleistete Arbeit und auch dem Gemeinderat für die Führung der Verwaltung. Wir stellen und halten fest, dass zu viele Ziele und Konzepte, die der Gemeinderat plant und andenk, nicht umgesetzt werden.

Soweit wir beobachten, scheint die Zusammenarbeit in den verschiedenen Direktionen nicht immer zielführend koordiniert zu sein. So z. B. die Planung und die Umsetzung. Wir befinden uns zurzeit in einer Wachstumsphase und dazu ist Infrastruktur notwendig. Wabern ist ein Entwicklungsschwerpunkt. Die Schulanlage Wandermatte wurde für zig Millionen Franken saniert und nun muss festgestellt werden, dass in Wabern zu wenig Schulraum vorhanden sein wird. Die Verkehrsplanung entspricht unserer Meinung nach nicht den Bedürfnissen der Gemeinde Köniz und auch nicht den Vorstellungen der Stimmberechtigten. Seit 10 Jahren sind wir an der Ortsplanungsrevision; und wenn sie dann endlich der Stimmbevölkerung vorgelegt wird, wird sie möglicherweise bereits überholt sein. Was nützen uns all die Planungen und Konzepte, wenn sie zu spät kommen oder nicht umgesetzt werden können? Wir erwarten vom Gemeinderat klare, zielgerichtete und vor allem umsetzbare Massnahmen zum Wohl der Gemeinde Köniz.

Zur Rechnung 2015: Sie schliesst weniger schlecht ab als budgetiert, leider aber immer noch mit einem Ausgabenüberschuss. Der Eigenfinanzierungsgrad ist immer noch ungenügend; zwar etwas weniger schlecht als 2014, aber immer noch bei nur 62 Prozent. Innerhalb eines Jahres hat der Fremdkapitalanteil um 25,5 Millionen Franken zugenommen. Stellen wir diese 25,5 Millionen Franken in Relation: Geteilt durch 12 Monate, bei durchschnittlich 22 Arbeitstagen pro Monat, nehmen wir 100'000 Franken pro Arbeitstag an Fremdgeld auf. Die Gemeinde Köniz hat Ausgaben von 220 Millionen Franken pro Jahr. Wiederum aufgeteilt auf 12 Monate, bei 22 Arbeitstagen, ergibt dies 830'000 Franken Ausgaben pro Tag, d. h. 12 Prozent, sprich 100'000 Franken sind Fremdgeld. Wir leben klar über unsere Verhältnisse, das kommt nicht gut.

Der Gemeinderat ist unser Führungsorgan und es ist seine Aufgabe, das Schiff Köniz nicht auflaufen zu lassen. Wir erwarten eine konsequente und langfristige Senkung der Ausgaben. Wir glauben nicht, dass Korrekturen auf der Einnahmenseite zu suchen sind. Ich nenne ein Beispiel: Die Massnahme Erhöhung der Eintritte in die Badeanlage Weiermatt, die notabene während rund 5 Monaten pro Jahr geöffnet ist, ist nicht zielführend.

Fraktionssprecherin Elisabeth Rügsegger (SVP): Der vorliegende Jahresbericht 2015 macht Freude. Die neue Form, aufgelockert mit passenden Bildern, ist ansprechend, übersichtlich und gut lesbar. Einzelne Texte, wie die Einleitung des Gemeinderats, sind sogar amüsant. Jeder einzelne Bericht ist informativ und die dazu gehörenden Zahlen geben Aufschluss über die entstandenen Kosten. So kann sehr einfach jedes Geschäft von Anfang bis Ende verfolgt werden. Der Jahresbericht ist richtiggehend spannend und man kann fast nicht mit lesen aufhören.

Die SVP-Fraktion anerkennt die grosse geleistete Arbeit. Bei uns wird dieser Bericht nicht in der untersten Schublade landen; nein, Sie können sicher sein, dass wir ihn während des Jahres ab und zu hervorheben, um das eine oder andere nachzuschauen und zu vergleichen.

Die SVP-Fraktion wird den Jahresbericht 2015 einstimmig genehmigen. Dies mit grossem Dank an alle Beteiligten. Wir erwarten, dass unser Dank an die Mitarbeitenden weitergegeben wird.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Im Namen des Gemeinderats gebe ich Ihnen Dank für die Blumen zurück. Sie können sicher sein, dass wir diesen Dank an unsere Mitarbeitenden weiterleiten werden.

Die neue Form der Berichterstattung ist bei Ihnen gut angekommen. Es ist uns bewusst, dass einiges noch zu korrigieren und zu verbessern ist. Die heissen Diskussionen werden im August, wahrscheinlich auch noch im September, geführt werden.

In diesem Sinn danke ich für die gute Aufnahme und für die Zustimmung zu den Anträgen des Gemeinderats.

Beschluss

1. Das Parlament bewilligt folgende Nachkredite für das Rechnungsjahr 2015:

1730.332	Verwaltungsvermögen, übrige Abschreibungen (SF Kegul: Investitionen Endabdeckung; SF Feuerwehr: Fahrzeuge und Magazine infolge HRM2)	CHF	1'248'695.07
3300.301	Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal Sozialberatung	CHF	218'939.05
3640.301	Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal Tagesschulen	CHF	369'802.20
3640.318	Dienstleistungen und Honorare Tagesschulen	CHF	254'783.10
4350.365	Eigene Beiträge Sanierung RKZ BBM Zivilschutz	CHF	241'429.00
5550.314	Dienstleistung Dritter für baulichen Unterhalt Wasserversorgung (WV) Leitungsdefekte	CHF	203'510.18
TOTAL Nachkredite Parlament			CHF 2'537'158.60

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Beschluss

2. Das Parlament genehmigt den Jahresbericht 2015, bestehend aus:

2.1 Der Gemeinderrechnung 2015, die bei Erträgen von CHF 218'091'385.62 und Aufwendungen von CHF 219'305'812.71 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1'214'427.09 abschliesst, wie auch die Bestandesrechnung, die per 31. Dezember 2015 mit Aktiven und Passiven von je CHF 315'287'352.68 abschliesst.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Beschluss

2.2 Dem Verwaltungsbericht 2015.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

7. Wasserversorgung; Sanierung „Rote Druckzone“

Beschluss und Botschaft; Direktion Umwelt und Betriebe

Parlamentspräsident Markus Will: Mit den Sitzungsakten sind Ihnen der Bericht und Antrag des Gemeinderats zu diesem Geschäft zugestellt worden, sowie die Botschaft und der Wortlaut des Stimmzettels. Das Vorgehen: Zuerst votiert der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und anschliessend folgt die Abstimmung.

Wie immer weise ich darauf hin, dass die Redaktionskommission die Pro- und Kontravoten aus der Debatte in die Abstimmungsbotschaft für die Verfassung der Pro- und Kontraseite aufnehmen wird. Sie haben die Möglichkeit, die heute geäusserten Argumente bis spätestens 1 Tag nach der Sitzung schriftlich zuhanden der Fachstelle Parlament abzugeben.

GPK-Referent Ruedi Lüthi (SP): Am 18. August 2014 debattierte das Parlament über den Projektierungskredit zu diesem Geschäft. Heute debattieren wir nun über den Kredit für die Sanierung. Der Kredit muss der Stimmbevölkerung vorgelegt werden. Die Abstimmung findet am 25. September 2016 statt.

Einige Worte zur Wasserversorgung in der Gemeinde Köniz: Die Gemeinde Köniz gehört, wie auch die Gemeinde Muri, nicht zum Wasserverbund Region Bern, wir verfügen über eine eigene Wasserversorgung. In der Gemeinde Köniz stammen 80 Prozent des Trinkwassers aus sogenannten Grundwasserfassungen, Selhofen und Sense matt. Aus drei weiteren Quellen stammen die restlichen 20 Prozent für die Wasserversorgung. Es bestehen 9 Reservoirs, 10 Pumpwerke, 200 Kilometer Leitungen und 7 sogenannte Druckzonen, die tiefste liegt auf 500 Meter ü. M., die höchste auf 1'000 Meter ü. M. Heute debattieren wir über die sogenannte Druckzone C oder wie im Plan festgehalten, die „rote Druckzone“.

Speziell bei der roten Druckzone ist, dass sie in zwei Teile aufgeteilt ist. Dies deshalb weil die beiden Reservoirs Kühschatten und Niederscherli sich nicht auf gleicher Höhe befinden. Das hat zur Folge, dass bei einem allfälligen Grossbrand in Schliern das Reservoir Kühschatten zu wenig schnell aufgefüllt werden kann. Deshalb ist vorgesehen, dieses Reservoir bei der vorgesehenen Sanierung höher anzusiedeln, damit die beiden Reservoirs mit einer Transportleitung verbunden werden können und die Löschwassersicherung für Schliern vorhanden ist.

Die Massnahmen: Das Reservoir und das Pumpwerk Kühschatten müssen etwas höher angesiedelt neu erstellt werden, und wird auch grösser dimensioniert. Das alte Reservoir wird nach der Inbetriebnahme der neuen Anlage zurückgebaut. Ersetzt wird ausserdem die Trinkwasserleitung ins Köniztal hinunter. Vorgesehen ist ausserdem der Bau einer neuen Reinabwasserleitung. Bisher floss das Reinabwasser über die Schmutzwasserleitung der Kanalisation zu. Aufgrund der neuen Gesetzgebung ist das nicht mehr erlaubt. Ersetzt werden zwei Pumpen. Damit wird die Versorgungssicherheit deutlich erhöht. Das alte Reservoir ist in der Zwischenzeit 94-jährig. Die übliche Lebensdauer solcher Reservoirs beträgt ca. 66 Jahre.

Wichtig ist: Für die Sanierung dieser Anlagen können Gelder aus der Spezialfinanzierung Wertehalt entnommen werden. Es sind keine zusätzlichen Mittel notwendig.

Auf Ihren Tischen liegen drei Änderungsanträge der GPK vor. Einer verlangt eine bessere Darstellung der Druckzonen mittels eines Plans. Ausserdem soll klarer dargestellt werden, dass die Finanzierung aus der Spezialfinanzierung erfolgt und dafür keine Gebührenerhöhung notwendig ist. In der Botschaft hat sich zudem ein Fehler eingeschlichen: Das Reservoir ist 94- und nicht 92-jährig.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung, mit den drei genannten Änderungsanträgen, zuzustimmen.

Parlamentspräsident Markus Will hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecherin Iris Widmer (Grüne): Die Wasserversorgung und –entsorgung gehört zu den Kernaufgaben einer Gemeinde. Wie gehört, hat das Reservoir seine Lebensdauer erreicht, wenn nicht bereits längst überlebt. Der Handlungsbedarf ist klar ausgewiesen: Es geht um die Versorgungssicherheit mit sauberem Trinkwasser und um die Sicherstellung der Versorgung von Schliern mit genügend Löschwasser. Mit der Sanierung wird dies erreicht. Das Reinwasser wird nach der Sanierung auch nicht mehr via Schmutzwasserableitung in die Kanalisation fliessen. Damit wird den Anforderungen der Gewässerschutzgesetzgebung entsprochen.

Festzuhalten ist, dass die vorgesehenen Sanierungen und Neubauten – obwohl eine teure Sache – nicht zu einer Gebührenerhöhung führen werden.

Die Fraktion der Grünen wird deshalb dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung, mit den Änderungsanträgen der GPK, zustimmen.

Fraktionssprecherin Annemarie Berlinger-Staub (SP): Die Wasserversorgung ist eine äusserst wichtige öffentliche Aufgabe. Das vorliegende Geschäft macht Sinn.

Die SP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung einstimmig zustimmen.

Beim Lesen der Vorlage hat sich mir eine Frage gestellt: In der Vorlage zum Projektierungskredit im August 2014 wurde darauf hingewiesen, dass die Transportleitung den Kugelfang der ehemaligen Schiessanlage Mühl matt quert. Damals wurde festgehalten, dass dieser Kugelfang vor Baubeginn saniert werde und im Projekt nicht berücksichtigt werden müsse. Meine Frage: Wurde der Kugelfang Mühl matt saniert? Wenn nicht, muss hier noch mit irgendetwas gerechnet werden?

Fraktionssprecher Fritz Hänni (SVP): Auch Die SVP-Fraktion steht hinter dem vorliegenden Projekt Sanierung rote Druckzone. Ein 94-jähriges Reservoir wird erneuert und dem heutigen Stand angepasst. Den Planungsarbeiten hat das Parlament 2014 bereits zugestimmt. Die Finanzierung erfolgt über die Spezialfinanzierung und hat keine Gebührenerhöhung zur Folge. Besonders sympathisch ist in meinen Augen der Rückbau des alten Reservoirs Kühschatten.

Wir stimmen dem Projekt gemäss dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung zu.

Fraktionssprecherin Heidi Eberhard (FDP): Ein in Worten wahrlich schlichter Antrag für eine Kreditsumme von 6,6 Millionen Franken zuzüglich Teuerung für die Sanierung der roten Druckzone und dem Ersatz des Reservoirs Kühschatten mit den notwendigen Leitungsbauten. Ich nehme an, es liegt daran, dass die Sanierung der roten Druckzone zulasten der Spezialfinanzierung Werterhalt, aus zweckgebundenen Eigenmitteln der Wasserversorgung, ohne Gebührenerhöhung gewährleistet ist. Zudem lagen uns bei der Debatte über den Planungskredit bereits Unterlagen vor. Für 6,6 Millionen Franken sind die Unterlagen in meinen Augen relativ bescheiden ausgefallen.

Nichtsdestotrotz sind wir dankbar, können wir dem Entwurf der Botschaft die detaillierten Kosten für das geplante Vorhaben entnehmen. In den Unterlagen wird die Nutzungsdauer des Reservoirs bei den Folgekosten mit 65 Jahren beziffert. Die bestehende 94-jährige Anlage hat demnach ihren Dienst geleistet. Weiter entnehmen wir den Angaben in der Abstimmungsbotschaft, dass das sanierungsbedürftige Reservoir auch eine Gefahr für die Trinkwasserqualität darstellt und zudem die Löschwasserversorgung in Schliern ohne Sanierung bei einem Grossbrand weiterhin unzureichend bleibt. Es bedarf tatsächlich einer Erneuerung. Für alle Könizer Einwohnenden und insbesondere für die betroffenen Einwohnenden von Schliern, ist dieses Geschäft wichtig. Die Lieferung von Trinkwasser in einwandfreier Qualität unter genügend Druck und in ausreichender Menge für Trink-, Brauch- und Löschwasser, ist für uns Schlierner essenziell.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung mit den von der GPK beantragten Änderungen einstimmig zu.

Fraktionssprecher Thomas Marti (Mitte): Zuerst gratuliere ich Ruedi Lüthi zu seiner tollen Erklärung der technischen Rahmenbedingungen der Könizer Wasserversorgung. Mir ist damit ein Licht aufgegangen.

Die Mitte-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung über 6,6 Millionen Franken für die Sanierung der roten Druckzone zu. Zum Antrag des Gemeinderats über die Genehmigung der Abstimmungsbotschaft: Wie ein grosser Teil der Abstimmungsbotschaften ist auch diese schwer verdauliche Kost zum Lesen. Deshalb stellen wir folgenden Änderungsantrag: „Die Redaktionskommission wird beauftragt, den Passus „... *Versorgungssicherheit in der gesamten Versorgung*“ durch eine verständlichere Formulierung ohne Wiederholung zu ersetzen.

Weiter ist es uns in der Fraktion schwer gefallen, politische Pro und Kontra zur Anreicherung der Abstimmungsbotschaft zu finden. Technisch gesehen handelt es sich hier um den überfälligen Ersatz eines Reservoirs. Der einzige Wermutstropfen ist, dass die junge Pumpanlage noch einige Jahre hätte weiterbenutzt werden können. Aber bei elektromechanischen Teilen kann hier nicht behauptet werden, dass eine grosse Wertvernichtung stattfindet.

Meine persönliche Meinung ist, dass hier der administrative Aufwand für eine Volksabstimmung eigentlich überflüssig ist, denn ich kann im Ausbau von Basisinfrastruktur keine politische Komponente erkennen. Aufgrund der bestehenden Gesetze, d. h. wegen der Höhe der Kreditsumme, ist klar, dass die Stimmbevölkerung darüber entscheiden muss. Es wären jedoch andere Modelle denkbar, denn es geht hier nicht um Privatisierung, mein Vorbild ist nicht Margret Thatcher. Man kann jedoch Organisationen derart anpassen, dass es möglich ist, den administrativen Aufwand für die Kreditbeschaffung zu senken und dies ohne dass die Gemeinde ihren Einfluss auf die Wasserversorgung verliert.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Zuerst danke ich dem Parlament für die gute Aufnahme des Geschäfts. Wir sind sehr froh, wenn die Sanierung des Reservoirs realisiert werden kann.

Eine Bemerkung zu Heidi Eberhard: Danke für die Wertschätzung der Anlagen. Ich halte hier fest, dass viele Anlagen seinerzeit – wie das Reservoir Kühschatten und die Leitungen – sehr gut realisiert worden sind und deshalb viel länger als eigentlich vorgesehen in Betrieb gehalten werden können.

Zur Frage von Annemarie Berlinger-Staub in Bezug auf die Transportleitung, die den Kugelfang Mühlmatt quert: Eine vertiefte Untersuchung hat ergeben, dass eine Sanierung teuer wäre. Wir konnten jedoch feststellen, dass eine Sicherung des Geländes genügt; dieses muss nicht saniert werden. Deshalb wurde entschieden, den Kugelfang zu sichern und anstatt ihn zu queren, wird die Leitung aussen herum geführt, was massiv günstiger zu stehen kommt. Damit müssen der Spezialfinanzierung keine zusätzlichen Kosten aufgebürdet werden.

Zu Thomas Marti: Es handelt sich nicht um einen reinen Ersatz, sondern um eine Vergrösserung und neue Leitungen und deshalb muss die Stimmbevölkerung darüber entscheiden. Die anderen Überlegungen wird man sich in 20 oder 30 Jahren machen müssen. Die Anlagen werden für eine Benützung bis 2035 – 2040 ausgelegt.

Zu den Änderungsanträgen: Zwei Änderungsanträge der GPK konnten bereits bearbeitet werden. Zuhanden der Redaktionskommission sind bereits Vorschläge angebracht worden. Wir haben folgende Vorschläge angebracht: Zum Punkt „Ausgangslage“ auf Seite 12 wird der Redaktionskommission ein Textvorschlag vorgelegt und nicht ein Plan. Wir sind der Meinung, dass dies verständlicher ist. Die Redaktionskommission wird darüber noch beraten. Zum Punkt Finanzierung auf Seite 15 in der Abstimmungsbotschaft liegt der Redaktionskommission ein ausformulierter Vorschlag vor. Zum Änderungsantrag der Mitte-Fraktion zu Seite 12 haben wir

Überlegungen für eine Änderung des Textes angestellt. Auf der einen Seite könnte der Satz überhaupt gestrichen werden oder andererseits kann eine Vereinfachung vorgenommen werden. Das wird der Redaktionskommission schriftlich vorgelegt. Der Gemeinderat wird der Redaktionskommission die Vorschläge vorlegen und hätte nichts dagegen, wenn Sie diese zuhanden der Redaktionskommission verabschieden würden.

Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme und für die Gutheissung der Vorlage zuhanden der Stimmbevölkerung.

Parlamentspräsident Markus Willi: Die Lösungsvorschläge des Gemeinderats zu den Änderungsanträgen zuhanden der Redaktionskommission liegen mir schriftlich vor. Sie scheinen mir plausibel und schlüssig. Aus meiner Sicht kann über alle vier Änderungsanträge gemeinsam abgestimmt werden.

Beschluss

Die Änderungsanträge werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Beschluss

Das Parlament beantragt den Stimmberechtigten, folgenden Beschluss zu fassen: Der Kredit von CHF 6'600'000 zuzüglich Teuerung für die Sanierung der roten Druckzone enthaltend Ersatz Reservoir Kühschatten und Leitungsbauten wird bewilligt

Abstimmungsergebnis: 37 Stimmen für Annahme 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen.

Beschluss

Die Botschaft an die Stimmberechtigten mit den Änderungen gemäss Anträgen und der Wortlaut des Stimmzettels werden genehmigt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

8. Köniz, Bläuacker – Abgabe von Land im Baurecht, Kredite für öffentlichen Platz und für die Verlegung der Recyclingsammelstelle

Beschluss und Botschaft; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Parlamentspräsident Markus Willi: Die Unterlagen zu diesem Geschäft, der Bericht und Antrag des Gemeinderats, sowie die Abstimmungsbotschaft und der Wortlaut des Stimmzettels, wurden Ihnen mit den Sitzungsakten zugestellt. Das Vorgehen: Zuerst spricht die GPK-Referentin, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss folgt die Abstimmung.

Wie immer weise ich darauf hin, dass die Redaktionskommission die Pro- und Kontravoten aus der Debatte in die Abstimmungsbotschaft für die Verfassung der Pro- und Kontraseite aufnehmen wird. Sie haben die Möglichkeit, die heute geäußerten Argumente bis spätestens 1 Tag nach der Sitzung schriftlich zuhanden der Fachstelle Parlament abzugeben.

GPK-Referentin Vanda Descombes (SP): Was lange währt, wird endlich gut, nämlich die Finalisierung der Zentrumsgestaltung von Köniz. Die erste Etappe konnte 2004 abgeschlossen werden. Mit der zweiten Etappe könnte nun, nach 12 Jahren, eine empfindliche Baulücke im Zentrum von Köniz geschlossen werden.

Das Projekt umfasst mehrere, miteinander verknüpfte Teile: Den Baurechtsvertrag, den Kredit für den Platz, die Recycling-Sammelstelle und die Abparzellierungen. Das Projekt ist durchaus ansprechend, hat jedoch einige Haken, die auf in der Vergangenheit liegende Entscheide zurückzuführen sind. Einer dieser Haken ist die notwendige Verschiebung einer teuren, speziell angefertigten Recycling-Anlage. Die Kosten betragen etwas mehr als 300'000 Franken und die Anlage stand von Beginn an am falschen Ort. Vielleicht kann Gemeinderat Urs Wilk dazu noch Erklärungen abgeben. Die neue Sammelstelle wird aus folgenden Gründen günstiger: Die Miete von jährlich 12'500 Franken für die alte Sammelstelle fällt weg, es ist keine Spezialanfertigung notwendig und Losinger Marazzi AG ist offenbar bereit, freiwillig 200'000 Franken zu bezahlen. So quasi als Beruhigungsspiel für das Parlament, das die Kröte schlucken muss, dass eine funktionierende Recyclingsammelstelle entfernt werden muss. Die Zahlung von 200'000 Franken war Gegenstand von Diskussionen in der GPK, ich komme darauf zurück. Ich bitte Gemeinderat Urs Wilk, dazu noch Erklärungen abzugeben.

Die Platzierung der neuen Recycling-Anlage ist in der jetzigen Situation die wohl bestmögliche. Die Verschiebung zieht jedoch Abparzellierungen mit sich, das ist im Punkt Ausgangslage in den Ziffern 3 und 4 nachlesbar. Die Baubewilligung ist durch den Regierungsrat erteilt. Ob noch eine Beschwerde eingereicht wird, steht im Raum, war jedoch nicht Gegenstand der Diskussionen in der GPK.

Zur Finanzierung: Die Gemeinde Köniz ist dienstbarkeitsberechtigt und zusammen mit der Bürgergemeinde Bern Grundeigentümerin. Für die Realisierung des öffentlichen Platzes ist eine Kreditsumme von 844'000 Franken, d. h. 814'000 und 30'000 Franken vorgesehen. Hier ist in der Abstimmungsbotschaft ein Fehler vorhanden, der noch zu korrigieren ist. Der zweite Kredit betrifft die Recycling-Sammelstelle in der Höhe von 370'000 Franken. Das ergibt Totalausgaben von ca. 1,2 Millionen Franken.

Dieses Geschäft muss der Stimmbevölkerung vorgelegt werden, weil aufgrund von Art. 72 Buchstabe d der Gemeindeordnung das 25fache des jährlichen Bauzinses berechnet werden muss und weil unter bestimmten Bedingungen nicht nach Ausgaben und Einnahmen unterschieden wird. Das ist in Art. 70 Buchstabe a geregelt. Schliesslich auch, weil betreffend der Recycling-Sammelstelle das Bruttoprinzip gilt, d. h. die 370'000 Franken müssen aufgeführt sein. Die in Aussicht gestellten 200'000 Franken von Losinger Marazzi AG sind vorerst weder einbezahlt noch mit einer Bankgarantie abgesichert.

Zum Baurechtsvertrag äussere ich mich nicht, weil die Ausführungen dazu in der Vorlage informativ sind und ich den Vertragsentwurf gesehen habe. Die Folgekosten sind aufgelistet: Die Betriebskosten für den Platz betragen ca. 21'000 Franken pro Jahr und für die Sammelstelle etwas mehr als 9'000 Franken minus 12'500 Franken Miete.

Bei Ablehnung des Geschäfts verzichtet die Gemeinde weiterhin, wie bereits seit 12 Jahren, auf die Generierung von Baurechtszinsen. Sie würde gegenüber der Bürgergemeinde und Losinger Marazzi AG vertragsbrüchig, was vor allem einen Imageschaden bedeuten würde. Es hätte jedoch keine finanziellen Konsequenzen.

Die GPK diskutierte folgende Themen:

Zum Gebäudeausbau: Die zur Erstellung vorgesehenen Gebäude werden im Minergiestandard realisiert, nicht im Minergie-P-Standard. Dies weil eine Mischnutzung vorgesehen ist, d. h. Kommerz im Erdgeschoss und Wohnen in den oberen Etagen. Im Gebäude entlang der Schwarzenburgstrasse ist vorgesehen, dass die Credit Suisse mit einer Regionalagentur einzieht und im Gebäude dahinter die Migros. In den oberen Stockwerken sollen 2,5- bis 4,5-Zimmerwohnungen entstehen. Für die Wärmeenergie ist das Verbrennen von Pellets vorgesehen. Ob auf dem Dach Solarzellen installiert werden, ist Sache des Baurechtnehmers. Die Einstellhalle wird gemäss Überbauungsordnung auf maximal 230 Parkplätze vergrössert. Diese sind für die Migros, die Credit Suisse und auch für die Wohnungen vorgesehen. Man rechnet mit etwas weniger als 0,5 Parkplätzen pro Wohnung.

In der GPK wurde gefragt, ob für den Platz eine übergeordnete strategische Zielsetzung vorhanden ist. Das besteht nicht, der Projektentwickler erhielt den Auftrag, einen vernünftigen Wohnungsmix anzustreben.

Die GPK hat auch über die Rechtmässigkeit der Vereinbarung mit Losinger Marazzi AG diskutiert und über die Zahlung von 200'000 Franken. Wir sind hier in einer öffentlichen Verwaltung und nicht privat und deshalb ging man diesem Thema nach. Dazu gibt es verschiedene Interpretationen. Hier einige Informationen: Losinger Marazzi AG ist aufgrund einer anfangs September 2013 mit den Grundeigentümern abgeschlossenen Vereinbarung Projektentwickler, d. h. sie steht zwischen den Grundeigentümern und allfälligen Dritten in Bezug auf Projektstudien, Baurechtsvertrag, Baubewilligungsverfahren und Realisierung des Projekts; d. h. die Grundeigentümer haben sich mit dem Vertrag verpflichtet, während der Vereinbarungsdauer von drei Jahren – diese müsste, sollte sie weiter gelten, im September verlängert werden – weder direkt noch indirekt ohne Zustimmung von Losinger Marazzi AG Verhandlungen mit Dritten zu führen oder Verträge abzuschliessen. Für die Vergabe von solchen Vereinbarungen bestehen keine definierten Regelungen oder irgendwelche Kriterien. Die Vereinbarung müsste nun verlängert werden. Beim Projekt, auch wenn es kein Grossprojekt ist, handelt es sich um ein Prestigeobjekt.

Die GPK hat sich heute vor der Parlamentssitzung zu einer Sitzung getroffen und Folgendes beschlossen: Sie prüfte die Rechtmässigkeit der Vergabe der Vereinbarung an Losinger Marazzi AG und die Zahlung von 200'000 Franken. Sie hat Antworten dazu erhalten, die jedoch nicht für alle gleich befriedigend und plausibel ausgefallen sind. Anschliessend hat die GPK abgestimmt, ob sie dies weiterverfolgen will. Mit dem Abstimmungsergebnis von 3 Ja- und 4 Nein-Stimmen wird dies nicht mehr weiterverfolgt.

Weil der Sachverhalt jedoch keinen wesentlichen Einfluss auf das Geschäft hat, empfiehlt die GPK dem Parlament einstimmig, dem vom Gemeinderat zuhanden der Stimmbevölkerung beantragten Beschluss stattzugeben und die Abstimmungsbotschaft zu genehmigen.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Ich versuche die Frage in Bezug auf die Recycling-Anlage zu klären: Die Recycling-Anlage wurde aus heutiger Sicht bei der Erstellung des Projekts Bläuacker I am falschen Ort realisiert. Sie verhindert, dass die beiden Gebäude Bläuacker I und Baufeld 5 verbunden werden können. Der damalige Gemeinderat hatte aus seiner Sicht einen guten Grund dafür, so vorzugehen: Er wollte die Anlage nicht auf der anderen Stirnseite des Kommerzgebäudes erstellen lassen, weil sie so direkt vis-a-vis des damals noch als Stadthaus bezeichneten Gemeindehauses zu stehen gekommen wäre. Das erschien dem damaligen Gemeinderat als nicht opportun. Die Kosten für die Recycling-Anlage wurden aufgeteilt auf die Gebäudekosten, die die Migros als Baurechtnnehmerin des Bläuacker I übernahm und auf die technischen Einrichtungen, die durch die Gemeinde übernommen worden sind, plus eine gewisse Entgeltung für die Verstärkung der Einstellhallendecke, damit diese mit einem 30-Tonnen-Lastwagen befahren werden kann. Insgesamt betragen die Kosten 200'000 Franken, die durch die Gemeinde bezahlt worden sind. Zusätzlich hat die Gemeinde – wie vorhin gehört – zwischen 10'700 und 12'500 Franken Mietzins pro Jahr für die Nutzung bezahlt und damit die Investitionskosten der Migros abgegolten.

Anlässlich der Verhandlungen mit Losinger Marazzi AG hat sich ergeben, dass sie bereit sind, den „Schaden“, den wir nun beheben müssen, mit 200'000 Franken zugunsten der Gemeinde abzugelten.

Parlamentspräsident Markus Willi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecherin Katja Niederhauser-Streiff (Mitte): Die Mitte-Fraktion ist der Meinung, dass das vorliegende Geschäft sorgfältig geplant worden ist. Die Nutzung und Gestaltung des Platzes kann bestimmt werden und es wird eine deutliche Baulücke geschlossen. Wo, wenn nicht hier, im Zentrum von Köniz, kann so gut der Wunsch nach innerer Verdichtung umgesetzt werden? Das Zentrum wird attraktiver und das Erscheinungsbild unseres Erachtens klar aufgewertet. Die Gemeinde kann einen Aufwertungsgewinn von 2 Millionen Franken verbuchen, ein doch schöner Nebeneffekt. Wird die Ersparnis von jährlich 12'500 Franken erwähnt, müssen fairerweise auch die neu anfallenden 21'000 Franken für den Betrieb und Unterhalt des Platzes erwähnt werden. Das ist notwendig, um die Stimmbevölkerung angemessen und komplett zu informieren. Der entsprechende Antrag der Mitte-Fraktion liegt auf Ihren Tischen auf: „Die Redaktionskommission wird beauftragt, die Abstimmungsbotschaft derart anzupassen, dass von den beiden Kostenfolgen entweder beide oder keine in der Botschaft erwähnt werden. Auf Seite 4 der Abstimmungsbotschaft wird unter anderem erläutert, dass auf dem öffentlichen Grund Unterschriften gesammelt werden können. Uns interessiert, ob dafür eine Bewilligung eingeholt werden muss oder ob dies nicht notwendig ist.“

Klar bestehen Nachteile: Aufgrund der Unterkellerung entsteht Mehraufwand und die Bauzeit mit den entsprechenden Belastungen wird lange dauern. Die Recycling-Anlage muss versetzt werden und der Platz wird stärker überstellt sein. Was auf Plänen jeweils sehr grosszügig aussieht, ist in der Realität stets kleiner.

Für die Mitte-Fraktion überwiegen jedoch die genannten positiven Aspekte deutlich und wir stimmen deshalb dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung in jedem Punkt zu.

Fraktionssprecher Mathias Rickli (Grüne): Das vorliegende Geschäft ist aus der Sicht der Fraktion der Grünen ein Meilenstein in der Gestaltung des Zentrums von Köniz. Es ist höchste Zeit, dass dieses „Brachland“ mitten im Zentrum zwischen Migros und Bahnhof endlich attraktiver gestaltet wird. Die Fraktion der Grünen unterstützt dies. Damit wird die Attraktivität des Zentrums gestärkt, es entsteht zentral gelegener Wohnraum, ein neuer verkehrsfreier öffentlicher Treffpunkt und Begegnungsort, zudem bestehen kommerzielle Nutzungsmöglichkeiten für private Bauherrschaften. Die Gemeinde profitiert durch die Abgabe des Grundstücks im Baurecht von den entsprechenden Baurechtszinsen.

Zu den Hochbauten: Hier ist von einem Baurechtszins von 50 Franken pro m² für die Gewerbeflächen die Rede. Für die Gewerbeflächen im Dreispitzareal wurde derselbe Baurechtszins pro m² ausgehandelt. Ich habe dazu eine Frage an den Gemeinderat: Weshalb wird im vorliegenden Projekt für die Wohnungen ein tieferer Zins von 43 Franken pro m² vereinbart?

Die Fraktion der Grünen hätte sich etwas klarere Vorgaben bei der Energie und auch für preisgünstigen Wohnraum gewünscht, wie z. B. bei der Überbauung Thomasweg. Das war hier offenbar nicht möglich. Wir begrüßen zwar, dass die Gebäude im Minergie-Eco-Standard realisiert werden sollen. Wir bedauern jedoch, dass die umfangreichen Dachflächen im Zentrum von Köniz nicht für Solarenergie genützt werden können. Im Jahresbericht 2015 der Gemeinde Köniz ist ein wunderschönes Bild des Könizer Zentrums abgebildet. Wer mir auf diesem Bild eine Solaranlage zeigen kann, dem offeriere ich nach der Sitzung noch etwas. Die vorgesehene Pelletheizung ist, da CO₂-neutral, an und für sich eine gute Sache. Wir sind jedoch der Meinung, dass dies noch nicht ganz goldstandard-energiestadt-köniz-würdig ist.

Informationen in Bezug auf die Parkplätze haben wir vorhin erhalten. Möglich sind 230 Parkplätze. Die vorgesehenen 0,5 Parkplätze pro Wohnung scheinen uns wichtig. Wir können der Abstimmungsbotschaft jedoch die genaue Aufteilung der Parkplätze nicht entnehmen.

Die Recycling-Anlage ist uns ein Dorn im Auge. Für deren Realisierung sind hohe Kosten entstanden, die nun nach 12 Jahren in den Sand gesetzt werden. Das ist bitter und wir fragen den Gemeinderat, ob auf diesem „Brachland“ nicht auch die Möglichkeit für die Erstellung eines Provisoriums bestünde. Unsere zweite Frage: Ist diese Sammelstelle überhaupt notwendig, wenn doch sehr nahe im Stapfen bereits eine Anlage besteht? Wir fragen uns auch, wie das Recycling-Material abgegeben werden soll, wenn keine Parkplätze dafür vorgesehen sind. Werden die Autos auf dem Trottoir parkiert?

Ein letzter Punkt, der in der Fraktion der Grünen Fragen auslöste, ist die Abstimmung des ganzen Projekts mit dem Baurechtnehmer auf der Parzelle Scherzhaus. Es ist kein Geheimnis, dass der Baurechtnehmer Scherzhaus Einsprache gegen das vorliegende Bauprojekt einreichte. Wir haben uns im Vorfeld der Debatte angehört, was er dazu zu sagen hatte. Das zentrale Element ist offenbar die Zusicherung der Gemeinde, dass die Zufahrt zum Scherzhaus ungehindert möglich bleibt, sowohl während als auch nach der Bauzeit. Ist der Gemeinderat bereit, dem Baurechtnehmer Scherzhaus dieses Wegrecht zulasten der Parzelle, über die wir hier debattieren, einzuräumen? Ist der Gemeinderat ausserdem bereit, in einem Gespräch mit dem Baurechtnehmer Scherzhaus nach Lösungen zu suchen, die vielleicht dazu führen könnten, ein längeres Verfahren abzukürzen? Wir halten dies deshalb fest, weil wir alle Interesse daran haben, dass die Parzelle möglichst schnell gemäss dem vorliegenden Projekt überbaut werden kann. Die Erhaltung des Scherzhauses war übrigens Bestandteil der Abstimmungsbotschaft 1999 zur Überbauungsordnung. In dem Sinn und im Zusammenhang, dass das Scherzhaus heute ein attraktives und belebendes Element im Zentrum von Köniz ist, bittet die Fraktion der Grünen den Gemeinderat, hier mit allen Beteiligten zusammen eine schnelle und gute Lösung zu finden.

Fraktionssprecher Andreas Lanz (BDP): Die BDP-Fraktion steht grundsätzlich positiv hinter dem Vorhaben Bläuacker II. Man könnte zwar über die architektonische Gestaltung diskutieren, vor allem über das Zusammenspiel von Alt und Neu; der eine will es so, der andere anders und der dritte noch schöner. Das alles ist jedoch Geschmacks- und Ansichtssache. Aufgrund von Plänen aus dem letzten Jahrtausend liegt ein Vorschlag vor. Darüber entscheiden wir nun. Die BDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung einstimmig zustimmen.

Wir haben jedoch noch einige Fragen dazu. Zur Recycling-Annahmestelle haben wir bereits einige Erklärungen erhalten. Man weiss nun, weshalb sie am aktuellen Standort realisiert worden ist. Uns stellt sich die Frage, ob es die Damen und Herren im Glashaus gestört hätte, wenn die Recycling-Anlage dort zu stehen gekommen wäre. Scheinbar schon, wie von Gemeinderat Urs Wilk gehört. Sie spüren, worauf hinaus ich will: Würde die Recycling-Anlage dort stehen, könnte sie dort belassen werden. Man könnte dort sogar parkieren. Nun wird die Anlage umziehen müssen, damit die Damen und Herren im Glashaus zufrieden sind.

Der Gemeinderat kann festhalten, dass Losinger Marazzi AG mehr als die Hälfte der Kosten für die neue Recycling-Anlage bezahlt. Diese 200'000 Franken werfen jedoch Fragen auf. Weshalb spendet Losinger Marazzi AG diesen Betrag einfach so? Ist dies ein Dankeschön dafür, weil man auf eine Mehrwertabschöpfung verzichtet? Der Planungsmehrwert beträgt scheinbar 1,8 Millionen Franken und 40 Prozent Mehrwertabschöpfung davon sind 700'000 Franken. Da sind die 200'000 Franken für die Recycling-Anlage geradezu ein Schnäppchen. Fragen über Fragen und dies nur zur Recycling-Anlage. Die Frage bleibt, weshalb keine Mehrwertabschöpfung vorgenommen wird.

Zum Thema Scherhaus: Wir erhielten Einsicht in ein Schreiben der Gemeindeverwaltung, mit welchem dem Besitzer des Scherzhauses zugesichert worden ist, dass er zwei Parkplätze für die Anlieferung erhält und diese entsprechend markiert werden. Urs Reust hat 2011, nach der Zusicherung, die Einsprache zurückgezogen.

Von dieser Zusicherung will man neuerdings jedoch nun nichts mehr wissen und Urs Reust sah sich gezwungen, erneut Einsprache einzureichen. Er ist gewillt, diese weiterzuziehen, wenn keine Einigung erreicht werden kann. Damit wird das ganze Projekt verzögert und die Könizer Gemeindekasse wartet weiterhin Jahr um Jahr auf Baurechtszinsen, die angesichts der Finanzen der Gemeinde Köniz doch willkommen wären. Wir können es uns nicht leisten, noch länger zuzuwarten. Damit vorwärts gegangen werden kann, müssen diese Fragen möglichst rasch geklärt werden.

Im Raum steht ein gewisser Verdacht, dass das Scherzhaus an diesem Standort nicht mehr erwünscht ist. Dort könnte etwas Gewinnbringenderes – vielleicht ein schöner Turm – realisiert werden, mit dem höhere Baurechtzinsen generiert werden könnten. In den Plänen der Ortsplanungsrevision ist das Scherzhaus nicht mehr im Ortsschutzperimeter aufgeführt.

Wir verlangen vom Gemeinderat schlüssige Antworten auf unsere Fragen und insbesondere, dass er mit dem Besitzer des Scherzhauses eine gütliche Regelung findet. Einerseits für die Parkplatzfrage und andererseits für die absehbaren Probleme während der Bauphase. Zwei Jahre Bauphase sind eine lange Zeit, da entstehen Probleme.

Trotz der vielen offenen Fragen stimmt die BDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung einstimmig zu. Dies jedoch nur, um weitere Verzögerungen zu verhindern.

Fraktionssprecherin Annemarie Berlinger-Staub (SP): Wenn Bläuacker II dereinst realisiert sein wird, werden nur Teile davon sichtbar sein, weil sich ein wesentlicher Teil unter der Erdoberfläche befindet. Das ist sehr eindrücklich auf Abbildung 5 der Parlamentsvorlage ersichtlich. Ich werde den Eindruck nicht los, dass auch bei der uns heute vorliegenden Vorlage einiges noch unter der Oberfläche bleibt. Die SP-Fraktion stellte sich viele Frage und beim Zuhören der Voten meiner Vorrednerinnen und Vorredner stelle ich fest, dass wir nicht die einzigen sind.

Ich ergänze den Fragenkatalog an den Gemeinderat und beginne mit dem Wort „grundsätzlich“, was oft kein gutes Zeichen ist. Grundsätzlich scheint es der SP-Fraktion sinnvoll, dass die Baulücke im Zentrum von Köniz endlich geschlossen wird. Damit generiert die Gemeinde Baurechtszinsen, die notabene über Jahre brachgelegen sind. Als Nebenbemerkung: Das gehört zu einer Aufgabenüberprüfung. Was die geplanten Geschäftsmieter betrifft, fragen wir uns, ob es für Köniz wirklich ein Gewinn ist, wenn der Grossverteiler noch grösser wird. Wir hätten uns hier etwas mehr Abwechslung gewünscht. So viel zur Abgabe im Baurecht.

Der zweite Teil der Vorlage betrifft den Kredit für den öffentlichen Platz. Uns ist unklar geblieben, wieso einerseits die Rede davon ist, dass die Gestaltung bis an die Hausfassade einheitlich durchgezogen werde, andererseits aber auf der Abbildung 5 der Platz nicht bis an die Hausfassade blau eingefärbt ist. Mich interessiert, weshalb dem so ist. Beim Durchlesen des Kleingedruckten – im wahrsten Sinne des Wortes Kleingedrucktes – ist mir aufgefallen, dass der Kostenvoranschlag für die Umgebungsgestaltung vom April 2016 datiert. Nun handelt es sich entweder um eine Nachbesserung oder – ich sage es einmal so – um eine Husch-Husch-Aktion, weil die Bauprofile seit 2014 stehen. Liest man das Kleingedruckte sehr genau, ist ersichtlich, dass einige Kosten nicht im Kostenvoranschlag inbegriffen sind. Dinge wie Fassadenabschlüsse, Trottoirs, Sanitärinstallationen des Brunnens. Mich interessiert, mit welchen zusätzlichen Kosten zu rechnen ist.

Zur Recyclings-Sammelstelle: Zur Geschichte äussere ich mich nicht mehr. Uns stört jedoch die vorgesehene Platzierung der neuen Sammelstelle sehr. Für die Fussgänger ist sie klar ab vom Schuss und für die Motorisierten befindet sie sich zwar entlang der Strasse, aber Parkplätze sind keine vorhanden. In unseren Augen ist die verkehrstechnische Erschliessung hier nicht durchdacht, in meinen Augen sogar ungenügend.

Zu den 200'000 Franken, die bereits mehrere Male erwähnt worden sind: Auf den ersten Blick ist dieser Betrag absolut erfreulich für die Gemeindekasse. Wühlt man etwas weiter, kann man der Meinung sein, dass dieses freiwillige Entgegenkommen der Firma nett ist. Betrachtet man die Sache jedoch genau, kann man sich fragen, wieso die renommierte Berner Firma plötzlich zur Mäzenin einer Recycling-Sammelstelle wird. Mir ist – auch nach den Ausführungen von Gemeinderat Urs Wilk – nicht klar, weshalb Losinger Marazzi AG der Gemeinde Köniz 200'000 Franken schenken will. Ich habe den Eindruck, dass hier noch vertieft im Untergrund zu graben wäre.

Die SP-Fraktion hat lange abgewogen. Wir sind zum Schluss gelangt, dass die Vorteile für die Gemeinde überwiegen. Für mich persönlich stellt sich ein grosses Fragezeichen in Bezug auf den hohen Druck ans Parlament, dass hier vorwärts gemacht werden muss, weil dieses oder jenes zu flöten geht oder die Sache noch länger dauern könnte. Macht man sich jedoch bewusst, wie lange die Geschichte bereits heute ist und wie löchrig die Unterlagen sind, bin ich mir nicht sicher, ob die SP-Fraktion hier einheitlich zustimmen wird.

Fraktionssprecher Beat Haari (FDP): Aus der Sicht der FDP-Fraktion befindet sich das Geschäft im grünen Bereich, d. h. auf gutem Weg. Die Sachverhalte sind klar, die Ausführungen verständlich und vor allem nachvollziehbar.

In dieses Geschäft sind viele wohl überlegte Punkte eingeflossen. Neben einem doch ansprechenden Projekt sichert sich die Gemeinde einerseits gute Baurechtszinseinnahmen, ohne andererseits aber den Einfluss über Nutzung und Aktivitäten auf dem für die Öffentlichkeit bestimmten Platz aus der Hand zu geben. Viele beteiligte Parteien haben sich an einen Tisch gesetzt, einen Konsens gefunden und ein doch tolles Projekt Bläuacker II ins Leben gerufen.

Für die FDP-Fraktion ist das Geschäft unterstützenswert und es gibt nicht den Hauch eines Grundes (trotz Nebengeräuschen, die wir als eher unbegründet werten), um dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung nicht zuzustimmen.

Ich erlaube mir abschliessend eine Bemerkung: Ich weiss nicht, ob es sich um einen Scherz handelt oder um ein neues Parteicredo der Grünen und der BDP, als Anwalt des Scherzhaus-Besitzers betreffend Wegrecht und Parkplatz aufzutreten.

Fraktionssprecher Bernhard Lauper (SVP): Für die SVP-Fraktion ist klar, dass dem vorliegenden Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung unbedingt zuzustimmen ist. Wir haben jedoch einige Besonderheiten festgestellt. Wir wollen hier nicht als Anwalt für Einzelpersonen auftreten. Das Scherzhaus beherbergt jedoch eine Bank, ein Restaurant und eine Revisionsfirma und deshalb ist für uns nicht verständlich, weshalb das Risiko eingegangen wird, das Geschäft noch kippen zu lassen, indem man Beschwerdeverhandlungen riskiert, die unter Umständen – wie der Gemeinde bereits bekannt ist – sehr lange dauern können. Weshalb geht man nicht proaktiv auf den Beschwerdeführer ein und erledigt ein kleines Problem unbürokratisch schnell, bevor hier lange darüber diskutiert werden muss?

Zur Recycling-Sammelstelle: Wenn schon jemand bereit ist, 200'000 Franken auszugeben – egal weshalb, denn wahrscheinlich ist nicht ganz an den Haaren herbeigezogen, wenn gesagt wird, aufgrund eines planerischen Mehrwerts –, weshalb lässt man sich nicht gleich die ganze Recycling-Sammelstelle finanzieren? Damit könnte auf elegante Weise gleich auf die Volksabstimmung verzichtet werden, weil damit die Kreditsumme unter 5 Millionen Franken sinkt. Das würden wir uns jedenfalls – zugegebenermassen etwas hemdsärmelig – vorstellen und damit würde das Problem auf einen kleinen Punkt reduziert.

Zusammengefasst: Wir erwarten, dass der Bestand des Scherzhauses gesichert wird. Es handelte sich dereinst um ein ehrgeiziges Vorzeigeprojekt, über welches sogar im Zusammenhang mit dem hochgelobten Wakkerpreis gelesen werden konnte. Es wäre elegant, wenn mit einem kleinen Entgegenkommen der längerfristige Fortbestand des Hauses gesichert wird.

Die SVP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zuhanden der Stimmbevölkerung zustimmen, wie auch der Abstimmungsbotschaft.

Ein grosser Nachteil ist in unseren Augen der Unterhalt des Platzes, der mit jährlichen Kosten von mehr als 20'000 Franken doch hoch ist.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Vor der Sitzung besuchten wir das Lohnmobil auf dem noch unbebauten Teil des Bläuackerplatzes. Es handelt sich dabei um einen schweren Container, der von einem 34-Tonnen-Lastwagen her- und weggeführt werden muss. Offenbar kann dieser Container an sehr vielen Orten in vielen Gemeinden nicht platziert werden, weil viele Plätze unterkellert sind und die Decken nicht für 34-Tonnen-Lastwagen ausgebaut sind. Erste Frage an Gemeinderat Urs Wilk: Wird der Untergrund 34 Tonnen tragen? Zweite Frage: Auf der schönen Visualisierung ist direkt hinter der neuen Recyclings-Sammelstelle eine doch ziemlich dominante, relativ hässliche Betonmauer ersichtlich. Ich denke, dass diese geradezu zu „ungevollter Kunst im öffentlichen Raum“ einlädt und sich Personen dann daran stören könnten. Ich schlage vor, eine gestalterische und ökologische Aufwertung zu prüfen, indem am Mauerfuss ein Grünstreifen vorzusehen ist, auf dem Kletterpflanzen gepflanzt werden könnten.

Heidi Eberhard (FDP): Ich spreche als Präsidentin der Redaktionskommission. Die Anträge liegen schriftlich vor. Die Abschreibungen in der Höhe von 21'350 Franken sind gemäss der Auflistung der Folgekosten erst ab 2018 fällig. Vorher stimmt diese Zahl nicht. In der Abstimmungsbotschaft sind nicht nur auf Seite 6 854'000 Franken anstelle von 844'000 Franken falsch aufgeführt, sondern auch auf Seite 10. Meine Frage: Kann die Redaktionskommission dies selbstständig anpassen oder muss dafür ein spezieller Auftrag erteilt werden?

Bernhard Zaugg (EVP): Gemeinderat Urs Wilk hat zu Beginn angemerkt, dass der Migros jährlich 12'500 Franken bezahlt werden, weil diese die Kosten für die Erstellung der Recycling-Sammelstelle getragen hat. Fallen diese Kosten nun weg oder wurde dafür ein Zeitrahmen erstellt oder erhalten wir hier von der Migros auch noch ein Geschenk?

Wir sprechen hier immer von Losinger Marazzi AG. Die Migros erhält jedoch auch noch zusätzliche Parkplätze. Wie ist die Migros beteiligt, hat diese nicht auch noch irgendwelchen Gewinn? Zu den 200'000 Franken: Wenn man sich vorstellt, dass Losinger Marazzi AG wenig machen kann, wenn die Recycling-Sammelstelle bleibt, hat sie einen grossen Verlust. Ich denke, dass dieser Verlust massiv höher als 200'000 Franken ist. Wir müssen uns bewusst sein, dass Losinger Marazzi AG in einem ausdrücklichen Mass profitiert. Vielleicht kann uns Gemeinderat Urs Wilk darüber noch informieren.

Gemeinderat Urs Wilk (FDP): Katja Niederhauser-Streiff fragte, ob für Unterschriftensammlungen auf dem öffentlichen Platz Bewilligungen eingeholt werden müssen. Auf dem Platz stellen wir uns viele Aktivitäten vor: Märkte, das Rössli Spiel, Standaktionen, usw. In irgendeiner Form wird der Gemeinderat eine Verordnung ausarbeiten. Heute kann ich nicht mehr dazu äussern.

Mathias Rickli fragte erstens, weshalb für die Wohnungen ein Baurechtszins von 43 Franken/m² vorgesehen ist, im Dreispitzareal aber 50 Franken/m² verlangt werden. Der Gemeinderat nahm eine Abwägung der Qualität der beiden Standorte vor. Das Gebäude im Dreispitzareal liegt zwar auch direkt an der Schwarzenburgstrasse, aber auf der Rückseite befindet sich direkt der Liebfeld Park. Die Gebäude im Bläuacker II befinden sich mit der Rückseite direkt am Bahngelände und der Anlieferung für die Migros und auf der Vorderseite direkt an einem sehr stark befahrenen Teil der Schwarzenburgstrasse. Das bewog den Gemeinderat dazu, für die Wohnungen 43 Franken pro m² zu verlangen. Er fragte ausserdem, ob die Recycling-Sammelstelle an diesem Ort grundsätzlich notwendig ist. Auch der Gemeinderat hinterfragte, ob diese Anlage wirklich notwendig ist. Zusammen mit der DUB, mit dem Dienstzweig Abfallbewirtschaftung und Deponie wurde gründlichst erhoben, ob beidseitig der Schwarzenburgstrasse fast vis-a-vis je eine solche Einrichtung notwendig ist. Die Erhebung zeigte, dass beide notwendig sind. Es handelt sich um die beiden bestfrequentierten Anlagen der Gemeinde Köniz. Mathias Rickli nahm zudem das Thema Anlieferung und Parkierung Scherzhaus auf. Das Scherzhaus kann jederzeit beliefert werden, es wäre unklug, dem Baurechtsnehmer die Zufahrt zu verweigern. In den Unterlagen zum Baugesuch – das hat Herr Reust sehr wohl gesehen – ist ersichtlich, dass vor dem Scherzhaus eine Fläche von ca. 2,5 Parkfeldern ausgewiesen ist, die als Anlieferungsfläche bezeichnet ist. Zufahrten für Anlieferungen sind jederzeit möglich. Diese Zufahrt wird zugleich die Zufahrt für Feuerwehr, Sanität, etc. sein. Mathias Rickli fragte, ob geprüft werden kann, dies mittels einer Dienstbarkeit zu regeln. Ich bin gerne bereit, dies im Gemeinderat nochmals zu diskutieren und welche Konsequenzen dies gegenüber dem Baurechtsnehmer hätte.

Zu Andreas Lanz: Er fragte, weshalb die Recycling-Sammelstelle nicht an der Landorfstrasse realisiert worden ist. Ich ergänze dazu, dass der Standort Landorfstrasse nochmals geprüft worden ist. Leider ist dies nicht mehr möglich, weil sich im Untergrund eine Unzahl an Werkleitungen befinden, die verlegt werden müssten. Hätte ich Sie jedoch mit den Kosten für dieses Projekt konfrontiert, hätten Sie mich stante pede nach Hause geschickt. Andres Lanz votierte zur Mehrwertabschöpfung. Dieser Begriff ist hier jedoch am falschen Ort. Ein Mehrwert der abgeschöpft werden kann, entsteht in einem Planungsprozess, wo ein Grundstück das in einer bestimmten Zone eingezont ist, in eine höhere Zone aufgezont wird. Oder wenn ein Grundstück in einer Landwirtschaftszone in eine Bauzone umgewandelt wird. Spricht man hier von einem Mehrwert, resultiert dieser in der Anzahl Bruttogeschossfläche (BGF). Die BGF wurde als Basis für den Baurechtszins herangezogen. Wenn aufgrund des Wegfalls der Recycling-Sammelstelle zusätzliche Nutzflächen entstehen, profitieren wir über höhere Baurechtszinsen davon.

Annemarie bedauerte, dass sich der Grossverteiler an diesem Ort zusätzlich vergrössert, namentlich nannte sie die Migros. Die Migros übernimmt mietweise eine Fläche im hinteren Gebäude, es ist jedoch noch nicht bekannt, was genau dort hinkommen wird. Im vorderen Gebäude wird die Credit Suisse sich mit einer General-Vertretung niederlassen, was meiner Meinung nach ein Gewinn für das Zentrum von Köniz sein wird, sei es in Bezug auf neue Arbeitsplätze und das Angebot an zusätzlichen Dienstleistungen. Zum Kostenvoranschlag, der per 8. April 2016 datiert ist. Es handelt sich dabei nicht um eine Nachbesserung, sondern um eine Weiterentwicklung. Wird ein Kostenvoranschlag aufgrund einer Baueingabe erstellt, beträgt der Genauigkeitsfaktor in der Regel ± 25 Prozent. Betrachtet man das wirklich sehr Kleingedruckte, hat der Kostenvoranschlag eine Genauigkeit von ± 10 Prozent.

Wir sind somit vom Baugesuch bereits einen Schritt weiter in die Ausführungsplanung gegangen. Es wurde ausserdem nach den Zusatzkosten gefragt, die im Kostenvoranschlag aufgeführt sind, jedoch nicht Bestandteil seien. Das sind mehrheitlich Kosten, die nicht der Gemeinde anfallen. Wenn während der Bauphase das Trottoir kaputt geht oder der Strassenrand angepasst werden muss, fällt dies in die Zuständigkeit des Generalunternehmers, letztendlich des Investors. Bei der Gemeinde bleiben gewisse Kosten, die nicht im Kostenvoranschlag aufgeführt sind, die sich im Zusammenhang mit den Zuleitungen für die öffentliche Beleuchtung und mit der Wasserzuleitung für den Brunnen oder des brunnenartigen Gebildes ergeben. Diese Kosten bewegen sich im Bereich von 20'000 bis 30'000 Franken. Annemarie Berlinger-Staub fragte noch, weshalb sich der Generalunternehmer derart entgegenkommend zeigt. Solches passiert des Öfteren, als Beispiel erwähne ich das Continuum im Dreispitzareal, wo der Generalunternehmer sich an den Kosten des neuen Spielplatzes beteiligt. Hier ist es halt etwas weniger Attraktives, jedoch im Sinn der Nachhaltigkeit etwas absolut Notwendiges.

Zu Bernhard Lauper: Der Bestand des Scherzhauses ist in keiner Art und Weise gefährdet. Ohne dass die Gemeinde sich damit einverstanden erklärt, kann an diesem Haus nichts verändert werden. Die Gemeinde ist Baurecht Geberin und wir werden nicht auf die Idee kommen, das Gebäude abzureissen. Hier sehe ich kein Risiko.

Ich danke Beat Haari für die gute Aufnahme des Geschäfts und für seine schönen Worte.

Zu den Einzelvoten: Der befahrbare Teil des Platzes wird so ausgelegt, dass die Fahrzeuge der Feuerwehr darauf fahren können. Ich bin der Meinung, dass die Feuerwehr 34 Tonnen verlangt, werde dies jedoch noch verifizieren und Hansueli Pestalozzi per E-Mail bekanntgeben.

Zu Heidi Eberhard: Die Redaktionskommission kann alles anpassen, das hier als Änderungsantrag angenommen worden ist. Der GPK-Antrag lautet, dass die Kosten auf 844'000 Franken reduziert werden sollen. Zum zweiten Änderungsantrag: Ich habe durchaus kein Problem damit, wenn der Antrag der Mitte-Fraktion auf Weglassen der beiden erwähnten Kosten.

Zu Bernhard Zaugg: Die Anzahl Parkplätze ist die maximale Anzahl, die gemäss Überbauungsordnung Bläuacker realisiert werden können, d. h. 230 Parkplätze. Jene Parkplätze, die nun realisiert werden, sind für die neuen Gebäude gedacht, einerseits für die Wohnungen und andererseits für die neuen Nutzer. Wenn die Migros im hinteren Gebäude Mieter sein wird, kann sie entsprechend Parkplätze nutzen. Im vorderen Gebäude wird die Credit Suisse einen Anteil Parkplätze erhalten. Die genaue Aufteilung ist noch nicht bekannt.

Die alte Recycling-Anlage wird aufgehoben und der Mietvertrag entsprechend gekündigt; die Mietdauer ist zurzeit noch nicht abgelaufen.

Ich nehme die gestalterischen Vorschläge von Hansueli Pestalozzi sehr gerne mit. Man könnte sich auch vorstellen, dass – wie seinerzeit bei der Brandruine – der Schwarzmaler beauftragt wird, ein Graffiti zu realisieren. Minimalmassnahme: Antigraffitschutz; Maximalmassnahme: Alles bewachsen lassen.

Letztendlich freut es mich, dass das doch komplexe Geschäft trotz der vielen Fragen grossmehrheitlich auf Zustimmung stösst.

Beschluss

Mit 34 zu 3 Stimmen bei 0 Enthaltungen beantragt das Parlament den Stimmberechtigten, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Abgabe von Land im Baurecht (künftige Baurechtsparzelle 10522 auf Parzelle 2378) an die Credit Suisse Funds AG zu einem Baurechtszins von 192'606 Franken (Anteil Gemeinde 81,1 % = 156'203 Franken) pro Jahr und der Einräumung eines Überbaurechts wird zugestimmt.
 2. Für die Erstellung des öffentlichen Platzes zwischen den Gebäuden Nrn. 4 und 5 wird ein Kredit von 854'000 Franken inkl. MWST zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto 4610.5010.0245, öffentlicher Platz, bewilligt.
 3. Für die Verlegung der Recyclingsammelstelle wird ein Kredit von 370'000 Franken inkl. MWST zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto 5200.5040.2100, Recyclingsammelstelle, bewilligt.
 4. Das Parlament wird ermächtigt, den Baurechtsvertrag nötigenfalls an die wirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen.
 5. Der Gemeinderat wird ermächtigt, alle Folgeverträge aus diesem Geschäft (z.B. definitive Bestimmung der Baurechtsfläche, Abschluss des Baurechtsvertrags, Begründung von Unterbaurechten, Stockwerkeigentum, Parzellierungen, Dienstbarkeiten, Übertragungen des Baurechts) abzuschliessen sowie kleinere Änderungen materieller und formeller Art in eigener Kompetenz vorzunehmen.
-

Beschluss

Die Änderungsanträge zur Abstimmungsbotschaft werden angenommen
Abstimmungsergebnis:

Beschluss

Die Botschaft an die Stimmberechtigten und der Wortlaut des Stimmzettels werden mit den beschlossenen Änderungen genehmigt.
(Abstimmungsergebnis: Einstimmig.)

Die Parlamentssitzung wird für eine Pause von 15 Minuten unterbrochen.

Parlamentspräsident Markus Willi: Wir fahren wie folgt weiter: Die Sitzung wird voraussichtlich um ca. 22.15 für heute beendet, d. h. die Traktanden 4 und 5, eventuell sogar noch Traktandum 6, können beraten werden. Die restlichen Traktanden werden am 27. Juni 2016 beraten.

4. Planungsbeschluss „Erhöhung des jährlichen Beitrags für Könizer Bibliotheken“ (SP Köniz) – Bericht Erfüllung

Kenntnisnahme Erfüllung; Direktion Bildung und Soziales

Parlamentspräsident Markus Willi: Der Bericht und Antrag des Gemeinderats liegen Ihnen vor. Das Vorgehen betreffend Planungsbeschlüssen ist neu im Geschäftsreglement des Parlaments in Art. 47 Buchstaben a – c geregelt. Planungsbeschlüsse werden wie Sachgeschäfte behandelt. Es gibt keine Erstunterzeichnenden und Eintreten ist nicht obligatorisch.

Das Vorgehen: Zuerst spricht die Präsidentin der Finanzkommission, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss folgt die Abstimmung.

Präsidentin Finanzkommission Erica Kobel-Itten (FDP): Die Finanzkommission hat sich mit dem Planungsbeschluss, respektive mit der Erfüllung auseinandergesetzt. Im Januar 2014 ist Antrag auf den Planungsbeschluss gestellt worden mit dem Inhalt der Erhöhung des jährlichen Beitrags an die Könizer Bibliotheken. Die zusätzlichen Mittel sind dafür vorgesehen, den Betrieb der Bibliothek Niederwangen den anderen Bibliotheken in der Gemeinde Köniz annähern zu können. Der Gemeinderat hat dannzumal den Antrag auf Ablehnung des Planungsbeschlusses gestellt; das Parlament hat ihn angenommen.

Heute liegt der Erfüllungsbericht vor: 2015 wurde mit der Umsetzung begonnen und das Angebot in Niederwangen konnte effektiv verbessert werden. Die Finanzkommission hat anlässlich ihrer Prüfung der Erfüllung des Planungsbeschlusses etwas ganz Wesentliches im Bericht vermisst: Genaue Zahlen. Der Planungsbeschluss lautet auf eine Erhöhung von rund 60'000 Franken. Aus dem uns vorgelegenen Bericht ist jedoch nicht ersichtlich, wie hoch der Beitrag für die Bibliothek Niederwangen effektiv ist und was genau, wie und wo ausgegeben worden ist. Festgestellt werden konnte jedoch, dass das Budget eingehalten worden ist und zusätzlich haben wir als Zahlengrundlage die positiv abschliessende Erfolgsrechnung der Könizer Bibliotheken nachträglich prüfen können. Die Bibliotheken arbeiten gemäss diesen Zahlen sehr erfolgreich. Basierend auf dieser Ausgangslage hat die Finanzkommission keine zusätzlichen Bemerkungen zum Bericht anzubringen. Sie empfiehlt dem Parlament einstimmig, vom Bericht zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Parlamentspräsident Markus Willi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecherin Iris Widmer (Grüne): Beim vorliegenden Planungsbeschluss geht es um die Erhöhung der jährlichen Mittel für die Könizer Bibliotheken von 880'000 auf 940'000 Franken, was 6,8 Prozent entspricht.

Der Gemeinderat stellte damals Antrag auf Ablehnung des Planungsbeschlusses, kommt nun aber, nach getaner Arbeit, auch zur Überzeugung, dass die Mittel hier gut eingesetzt worden sind. Der Gemeinderat betont insbesondere, wie wichtig die Lesekompetenz im Leben ist und wie zentral die Bibliotheken als Partner der Schulen sind. Das freut uns und wir können deshalb nicht wirklich nachvollziehen, weshalb nun, so kurz nach Annahme des Planungsbeschlusses durch das Parlament, vorgesehen ist, bei den Bibliotheken erneut zu sparen.

Bibliotheken sind heute mehr als nur ein Ort an dem Bücher und digitale Medien ausgeliehen werden; sie sind Treffpunkt, Lernort und Kulturveranstalter. Wie dies durch die Könizer Bibliotheken umgesetzt und gelebt wird, konnten wir anlässlich einer Veranstaltung im letzten August erfahren, wo uns Parlamentsmitgliedern das Konzept vorgestellt worden ist.

Wir sind überzeugt, dass die Mittel gut investiert worden sind und nehmen zustimmend Kenntnis vom Bericht zum Planungsbeschluss.

Fraktionssprecherin Cathrine Liechti (SP): Der Planungsbeschluss ist wichtig und auch richtig. Die SP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den aufschlussreichen Bericht, hätte sich jedoch an einigen Stellen einige Zahlen mehr gewünscht. Die Bibliothek nimmt im Leben von vielen Könizerinnen und Könizern eine zentrale Funktion ein. Sie dient nicht nur der Zurverfügungstellung von Büchern und anderen Medien, sondern sie stellt einen Ort für den Austausch, für das Zusammensein dar, und dies besonders für Kinder, Jugendliche und die ganze Familie. Ohne eine attraktive Bibliothek in Niederwangen würde ein wichtiger Treffpunkt weniger existieren. Die Anbindung der Bibliothek Niederwangen als Schulbibliothek betrachtet die SP-Fraktion als besonders gelungen. Dadurch wird das Interesse der Schulkinder am Lesen geweckt und so die Lesekompetenz gefördert. Der Zugang ist gerade für die Schulkinder sehr nahe, da sie auf dem Weg liegt. Die im Bericht erwähnten Veranstaltungen für Kinder und Erwachsene fördern nicht nur das Interesse am Lesen und am Kulturgesehen, sondern auch das gesellschaftliche Zusammenleben. An dieser Stelle interessiert mich besonders, ob auch bekannt ist, wie die Veranstaltungen besucht worden sind und welche Feedbacks die Teilnehmenden abgegeben haben. Ausserdem ist speziell zu beachten, dass die sinkenden Ausleihzahlen von Büchern durch das gesteigerte Interesse an digitalen Medien wettgemacht werden. Ich denke, dass dieser Tendenz auch in Zukunft Beachtung zu schenken ist, da diese zunehmen wird. Diese Tendenz sollte in die Berechnungen besser einfließen und sichtbar sein, weil diese als Grundlage für zukünftige Entscheidungen dienen.

Die SP-Fraktion wird vom Bericht zum Planungsbeschluss zustimmend Kenntnis nehmen.

Heidi Eberhard (FDP): Ich lege meine Interessenbindung offen: Seit Ende März bin ich Vorstandsmitglied der Könizer Bibliotheken.

Der Beitrag für die Könizer Bibliotheken ist mittels Planungsbeschluss – eine sehr gute Sache – um 60'000 Franken erhöht worden. Diese Mittel werden insbesondere für die Bibliothek im Wangental benötigt, die mit 80 Stellenprozenten sehr gut betreut wird.

Bildung ist ein zentrales Thema der FDP und die Könizer Bibliotheken gehören mit ihrem vielfältigen Angebot auch dazu. Der Verein arbeitet gut und geht gewissenhaft mit den finanziellen Mitteln um. Tatsächlich wurde ein guter Gewinn erzielt, an welchem sich jedoch einige gestossen haben. Es könne doch nicht sein, dass die Gemeinde Köniz die Mittel aufstockt und dann schaue ein Gewinn heraus. Ich halte hier fest, dass die Könizer Bibliotheken im vergangenen Jahr aufgrund der Sparbemühungen eine vorgesehene Investition – die Installierung einer Selbstverbuchungsanlage, die rund 36'000 Franken gekostet hätte – nicht tätigte. Zudem wurde ein Mutterschaftsurlaub mit internen Lösungen bewältigt. Bei der realisierten Beschaffung und Anwendung aller buchhalterischen Möglichkeiten, die in der Schweiz bestehen, wäre der Gewinn entsprechend tiefer ausgefallen. Das finanzielle Polster ist nicht so gross wie die Erfolgsrechnung vermuten lässt.

Ich bitte Sie, dies bei der Budgetdebatte zu berücksichtigen und weiterhin grosszügig den Könizer Bibliotheken die – sehr gut eingesetzten – Gelder zu sprechen.

Beschluss

Das Parlament nimmt zustimmend Kenntnis vom Bericht zum Planungsbeschluss.

Abstimmungsergebnis: 36 Stimmen zustimmende Kenntnisnahme, 0 Stimmen teilweise zustimmende Kenntnisnahme, 0 Stimmen ablehnende Kenntnisnahme.

5. Planungsbeschluss „Köniz sozial: Frühförderung von Kindern sicherstellen – auch bei knappen Finanzen (SP Köniz)“ – Bericht Erfüllung

Kenntnisnahme; Direktion Bildung und Soziales

Parlamentspräsident Markus Willi: Es geht um die Kenntnisnahme des Ihnen vorliegenden Berichts für die Erfüllung. Das Vorgehen: Zuerst spricht die Präsidentin der Finanzkommission, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament und zum Schluss folgt die Abstimmung.

Präsidentin Finanzkommission Erica Kobel-Itten (FDP): Auch dieser Antrag wurde im Januar 2014 mit dem Auftrag an den Gemeinderat eingereicht, im Produkt Suchthilfe und Präventionsangebote ab 2015 genügend Mittel vorzusehen, damit die Realisierung des im Konzept Kind, Jugend, Familie vorgesehenen Projekts zur frühen Förderung von Kindern, das Angebot „schritt:weise“ dauerhaft und in ausreichender Weise sichergestellt werden kann.

Schon im Juni 2014 beschäftigte sich die Finanzkommission erstmals mit der Frage, in welcher Art und Weise sie sich mit Planungsbeschlüssen grundsätzlich auseinandersetzen soll und hat erkannt, dass es nicht darum geht, sich hier mit der inhaltlichen Thematik auseinanderzusetzen, sondern lediglich die finanzielle Tragbarkeit und Transparenz der Zahlen nachzuvollziehen, sofern möglich.

Im vorliegenden Planungsbeschluss liegen die Kosten und das Budget vor. Beide liegen im Bereich der bereits kommunizierten Zahlen. Wie auch der zuständige Gemeinderat erklärt, handelt es sich hier um einen Bereich der sogenannten nachhaltigen Finanzpolitik, d. h. Folgen des Sparpotenzials sind – wenn überhaupt – erst nach längerer Zeit feststellbar, nämlich dann wenn Kinder, die früh abgeholt werden konnten, gut integriert sind. Basierend auf den vorgelegten Zahlen und auf deren Nachvollziehbarkeit, empfiehlt die Finanzkommission dem Parlament einstimmig, zustimmend Kenntnis vom Bericht zu nehmen.

Parlamentspräsident Markus Willi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Heinz Nacht (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt teilweise zustimmend Kenntnis vom Bericht zum Planungsbeschluss. Die nicht, weil wir gegen den Planungsbeschluss sind, sondern weil wir uns bereits am 23. Juni 2014 gegen das Projekt gewehrt haben. Das Projekt wurde damals mit 19 : 18 Stimmen angenommen.

Wir halten Folgendes dazu fest: Die Frühförderung von Kindern hat ihre Berechtigung, das ist auch uns klar. Man muss die Sache jedoch mit Mass betrachten, denn hier können problemlos viele Stellen geschaffen werden, d. h. man könnte das Projekt quasi vergolden. Man wird nie beweisen können, ob das Projekt je Nutzen bringen wird, man kann es nur erahnen. Wir haben das Gefühl, dass hier zum Teil das Holprinzip angewendet werden könnte, d. h. die Integrationswilligen sollten sich vermehrt selber um ihre Integration tun. Wir sind der Ansicht, dass nicht alles auf dem Goldtablett präsentiert werden soll. Schlussendlich sind wir finanziell nicht so sehr auf Rosen gebettet, um das Geld einfach so auszugeben.

Der SVP-Fraktion ist Folgendes sehr wichtig: Einerseits debattieren wir hier um die Frühförderung von Kindern, andererseits immer wieder über den Abbau der Spezsek-Klassen in der Lernermatt. Auf der einen Seite des Segments werden Leistungen zusammengestrichen, indem das vielfältige Bildungsangebot aus Spargründen etwas weniger vielfältig wird. Stellen wir diese beiden Dinge einander gegenüber, tut das mir persönlich weh im Herzen. Den einen wird geholfen, den anderen damit aber etwas weggenommen. Ich bitte den Gemeinderat, auch an unsere eigenen Jugendlichen zu denken und diese nicht ganz zu vergessen.

Fraktionssprecherin Christina Aebischer (Grüne): Auch dieser Planungsbeschluss wurde vom Gemeinderat zur Ablehnung empfohlen. Die Fraktion der Grünen ist sehr erfreut darüber, dass dieser vom Parlament angenommen worden ist. Der Bericht zeigt deutlich auf, dass innert kurzer Zeit ein wichtiges Programm aufgebaut werden konnte. Die Frühförderung von Kindern ist absolut zentral. Es ist unbestritten, dass in der frühen Kindheit wichtige Akzente für die persönliche und soziale Entwicklung gesetzt werden können. Zu Heinz Nacht: Die Frühförderung ist durchaus messbar. In der Pädagogik- und Sozialwissenschaft gibt es sehr viele Studien, die belegen, dass die Effekte der Frühförderung durchaus messbar sind. Zwar nicht gleich einige Monate später, jedoch langfristig. Auf jeden Fall ist bei Familien, die ihren Kindern keine Frühförderung bieten können, aus welchen Gründen auch immer – Migration in ein fremdes Land kann ein Grund dafür sein – wichtig, dass familienergänzende Unterstützung angeboten werden kann. Das leistet das Angebot schritt:weise auf eine der niederschwellig möglichen Art und Weise, indem unter anderem die Familien zuhause besucht werden.

Die Fraktion der Grünen ist überzeugt, dass es sich langfristig um ein sehr wertvolles und günstiges Angebot handelt, das frühe und wichtige Unterstützung für die Integration der Kinder bietet, aber auch deren Eltern, im Besonderen der Mütter, die je nach Herkunftsland ziemlich isoliert sind. Diese Hausbesuche können Türöffner zu unserer Gesellschaft sein. Ich finde es schwierig, wenn hier zu diesem Thema die mögliche Schliessung der Spezsek-Klassen in der Lerbermatt angeführt wird. Es geht hier nicht um ein Entweder Oder und auch nicht darum, die eigenen Kinder zu vergessen, sondern das Programm schrittweise ist sehr wichtig für das Zusammenleben in der Gemeinde.

Zurzeit sind 22 Kinder in diesem Programm, was auf den ersten Blick nicht sehr viel ist, das haben auch wir festgestellt. Wir hoffen doch sehr, dass diese Zahlen mittel- und langfristig noch steigen werden. Für die Zunahme der Teilnehmenden sind jedoch Ressourcen notwendig. Auch die Fraktion der Grünen hätte gerne gewusst, was ein Besuch pro Familie kostet. Diese Zahlen sind dem Bericht nicht einfach so zu entnehmen. Klar ist, dass für die Durchführung des Programms Lizenzabgaben geleistet werden müssen. Das macht die Sache nicht billiger, garantiert aber eine gewisse Qualität, Begleitung und Wissensmanagement und das ist in unseren Augen wichtig. Es gibt einiges, das langfristig vielleicht schwierig ist, wie das Verhältnis von 60 Prozent Koordination zu 120 Stellenprozenten Projektleitung, usw. Wir würden uns auch wünschen, dass hier eine Lösung gefunden wird, die zur Vergrösserung des Programms beitragen kann und damit mehr Kindern und Familien der Zugang ermöglicht wird. Dies mit einem Kostenaufwand, den die Gemeinde Köniz bei all den Sparmassnahmen tragen kann.

Alles in allem nimmt die Fraktion der Grünen zustimmend Kenntnis vom Bericht.

Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP): Die BDP-Fraktion wird teilweise zustimmend Kenntnis vom Bericht nehmen.

Dies aus folgenden Gründen: Wir nehmen vom transparent dargelegten Finanzteil zustimmend Kenntnis. Die nur teilweise zustimmende Kenntnisnahme betrifft den inhaltlichen Teil des Berichts. Es geht hier doch um 140'000 Franken netto pro Jahr, die auf vier Jahre hinaus geplant sind. Uns stellen sich zwei Fragen zum Inhaltlichen: Was passiert wirklich? Im Internet ist zum eingekauften Programm schrittweise – beim Antrag handelt es sich quasi um einen Produktantrag für den Einkauf eines bestimmten Produkts – genau eine A4-Seite zu finden. In Bezug auf die Kosten ist uns aufgefallen, dass – nebst den Lizenzabgaben – für Spielsets und Kinderbücher pro 18 Monate 660 Franken pro Kind ausgegeben werden. Die zweite Frage betrifft die Abstimmung mit den bestehenden Instrumenten, worüber im Bericht kein Wort zu finden ist. Im Konzept Kind, Jugend und Familie ist auf Seite 23 die Rede von verschiedenen und vielfältigen Angeboten im Vorschulalter. Ich hätte mir erwartet, dass im Bericht einige Worte dazu aufgeführt wären, wie dieses Instrument im Kontext zu anderen Instrumenten einordnet, um hier Lücken schliessen zu können.

Aufgrund dieser zwei Vorbehalte nimmt die BDP-Fraktion nur teilweise zustimmend Kenntnis vom Bericht. Wir sind gespannt auf die Evaluationen und die Berichte. Vielleicht könnten auch Ausstiegspunkte diskutiert werden, wenn gewisse Erwartungen nicht erfüllt werden.

Fraktionssprecher Christian Roth (SP): So stellt sich die SP-Fraktion Sparen vor. Zuerst wird in ein effizientes, gut durchdachtes und nachhaltiges Programm investiert und danach kann die finanzielle und menschliche Ernte eingefahren werden.

Um dieses Meccano zu begreifen und zu verdeutlichen, wende ich den Blick zuerst einmal nach Bern, wo das Programm schrittweise bereits längere Zeit angewendet wird. Zu Heinz Nacht: Das Programm wurde wissenschaftlich begleitet und es liegen erstaunlich viele Informationen vor; nicht nur vom Programm in Bern, sondern auch aus Holland, wo man auf eine 10- bis 20-jährige Erfahrung zurückblicken kann. Die sogenannte Kindergartenstudie zeigt, dass die Kinder vom Hausbesuchsprogramm in Bezug auf Handlungen im Alltag – Motorik, Spielverhalten – besser abschneiden als Kinder einer Vergleichsgruppe ohne Frühförderung. Sie zeigen zudem signifikant weniger problematische Verhaltensweisen auf, d. h. sie sind weniger aggressiv, sie sind aufmerksamer und sie können sich deutlich besser konzentrieren. Gerade die Konzentration ist von Bedeutung für die Schule und für die Verarbeitung des Schulstoffs. Hier liegt der Schluss nahe – es ist mein Schluss – dass je besser die Kinder beim Schuleintritt sind desto höher sind ihre Chancen, den hohen Anforderungen der Schule und später des Lehrstellenmarkts gerecht zu werden.

Es ist tatsächlich faszinierend zu sehen, in welcher kurzer Zeit das Programm schrittweise Früchte trägt. Das kann den Parlamentsunterlagen entnommen werden: Es sei erfreulich zu beobachten, wie viele der Mütter ihre bisherige Isolation durchbrechen und sich an den Gruppentreffen einbringen konnten. Es gibt Menschen, die die von Heinz Nacht geforderte Holschuld leider nicht bringen können und genau diese sind das Zielpublikum des Angebots.

Je besser Menschen integriert sind, desto mehr kann deren Potenzial entfaltet werden und sich in der Gesellschaft einbringen. Ich liess mich durch die Projektverantwortlichen informieren: Ich habe einen sehr guten Eindruck von der sehr engagierten, sorgfältigen, am Menschen orientierten Art der Auftragsausführung. Dass die Nachfrage mehr als vorhanden ist, erstaunt wenig. Die Erfahrungen der Stadt Bern geben deutliche Zeichen dafür, dass der Bedarf in der Gemeinde Köniz möglicherweise höher ist als das was zurzeit für die Frühförderung für Kinder eingesetzt werden kann. Ich wollte ausserdem wissen, was es bedeutet, die Isolation zu durchbrechen: Es bedeutet, dass fast alle Frauen, welche im Programm sind, in der Zwischenzeit einen Deutschkurs besuchen, die Kinder mit den Spielgruppen vernetzt sind und dass die Fachstelle Beratung der Gemeinde Köniz dort eingebunden werden konnte. Das heisst, dass das Angebot schrittweise im Sinn eines Türöffners für die sozial benachteiligten Familien auftritt, die dank diesem Programm ihre Eigenverantwortung wahrnehmen und sich besser in die Gesellschaft integrieren können. Das gilt nicht nur für Familien mit einem ausländischem Pass, auch einige wenige Schweizer Familien profitieren vom Programm schrittweise.

Da sich die SP-Fraktion davon überzeugen liess, dass effektiv die geforderten 30 Familien das Programm durchlaufen werden, nehmen wir zustimmend Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats. Die SP-Fraktion wird die weitere Entwicklung dieses wichtigen und nachhaltigen Integrationsangebots weiterhin aufmerksam verfolgen.

Casimir von Arx (GLP): Zum Thema Spezsek-Klassen halte ich eine andere Sichtweise fest: Aus meiner Sicht verfängt der angebrachte Vergleich im finanziellen Kontext nicht ganz. Dies weil mit dem Projekt schrittweise aus meiner Sicht langfristig Kosten für das Gemeinwesen eingespart werden können. Ob für das Gemeinwesen Köniz oder für andere, ist zugegebenermassen nicht bekannt. Es handelt sich somit um eine finanziell nachhaltige Massnahme.

Zwei inhaltliche Anmerkungen: Nicht nur der Abbau der Spezsek-Klassen steht im Raum, sondern ein konkreter Vorschlag, der nach meiner Auffassung das Spezsek-Angebot im Wesentlichen erhält. Bei diesem Vorschlag geht es nicht nur um finanzielle Aspekte, sondern auch um pädagogische Vorteile; dazu verweise ich auf den Vorstosstext.

Gemeinderat Thomas Brönnimann (GLP): Klar ist, dass dieses Thema kontrovers diskutiert wird. Der Bericht des Gemeinderats legt einzig und allein die Umsetzung des Planungsbeschlusses des Parlaments dar. Dass eine Evaluation vorgenommen wird, ist klar; zurzeit ist es jedoch noch zu früh.

Beschluss

Das Parlament nimmt zustimmend Kenntnis vom Bericht zum Planungsbeschluss.

Abstimmungsergebnis: 25 Stimmen zustimmende, 12 Stimmen teilweise zustimmende, 0 Stimmen ablehnende Kenntnisnahme.

6. Reglement über die Spezialfinanzierung „Globalsteuerung Volksschule“ - Teilrevision

Beschluss; Direktion Bildung und Soziales

Parlamentspräsident Markus Willi: Ihre Sitzungsakten enthalten den Bericht und Antrag des Gemeinderats. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten aus dem Parlament. Anschliessend folgt die Detailberatung mit Anträgen zu den einzelnen Artikeln. Zum Schluss folgt die Abstimmung.

GPK-Referent Bernhard Lauper (SVP): In dieses Thema musste ich mich vorgängig einlesen, wurde jedoch anlässlich meines Verwaltungsbesuchs aufdatiert. Die Leiterin der Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport, Marisa Vifian, sowie der Leiter der Fachstelle Bildung, Daniel Müller, informierten mich bestens.

Die Ausgangslage ist soweit beschrieben. Als Erklärung: Das Globalbudget Volksschule wurde 1996 als Projekt gestartet. Es war angedacht, die Pilotphase 2002 abzuschliessen. Seit 2002 befinden wir uns in einem nicht ganz geregelten Zustand. Mit der Anpassung des Reglements besteht nun die Gelegenheit, hier für geordnete Zustände zu sorgen,.

Es handelt sich um ein Reglement für eine Spezialfinanzierung. Der Bestand beträgt per 1.1.2015 460'000 Franken. 2015 wurden 141'000 Franken eingelegt und 90'000 Franken entnommen.

Per 21.12.2015 wies die Spezialfinanzierung einen Bestand von 504'000 Franken aus. Geöffnet wird die Spezialfinanzierung aus den nicht verwendeten Mitteln des ordentlichen Budgets, d. h. aus dem Sachaufwand für alle Schulen. Die Mittel werden pro Schule zugewiesen und pro Schule verwendet. Eine Schule kann somit ihr „Guthaben“ gezielt auf eine geplante Ausgabe ansparen und dementsprechend in Eigenverwaltung entnehmen.

Im Reglement ist die Höhe des Bestands der Spezialfinanzierung geregelt. Maximal 25 Prozent des Sachaufwands für die Schulen dürfen in der Spezialfinanzierung enthalten sein. Die Änderung des Reglements wird notwendig, weil insbesondere für die Einführung von HRM2 ein neuer Kontenplan erstellt werden musste, d. h. zum Teil bestehen Konti nicht mehr oder sind an einem anderen Ort angesiedelt. Wie erwähnt, soll mit der Anpassung des Reglements auch die Pilotphase abgeschlossen werden. Bei den Änderungen handelt es sich um Anpassungen im Reglement, die sich auf die einzelnen Konti beziehen. In Art. 3 werden anstatt der bis anhin einzeln aufgeführten Kontonummern die Dienststellen aufgeführt. Der Gemeinderat kann selber festlegen welche einzelnen Konti berücksichtigt werden. Ausserdem werden diverse Änderungen von Begrifflichkeiten vorgenommen, so wird insbesondere anstatt „Voranschlag“ neu der Begriff „Budget“ verwendet. In Art. 8 fällt die Befristung weg, die aufgrund der Pilotphase enthalten ist. In diesem Artikel ist nur noch das Vorgehen bei Liquidation geregelt.

Die Änderungen haben keinen finanziellen Einfluss.

In der GPK diskutierte man über die Kontrolle der Verwendung dieser Mittel. Die GPK kam jedoch zum Schluss, dass mit diesen Mitteln haushälterisch und verhältnismässig umgegangen wird. Dies insbesondere, nachdem uns von jeder Schulleitung zwei Tage nach der Frage in der GPK-Sitzung eine Stellungnahme vorlag, was in den letzten Jahren vorgenommen worden ist. Ein Antrag in der GPK bezüglich der Kontrolle der Mittel wurde abgelehnt.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem vorliegenden Geschäft gemäss Antrag des Gemeinderats zuzustimmen. Insbesondere ist uns wichtig, den Schulleitungen in finanziellen Belangen Handlungsspielraum zu geben, damit unternehmerische Kompetenzen im Umgang mit einer doch beträchtlichen Summe gefördert werden.

Parlamentspräsident Markus Willi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP): Aus der Sicht der BPD-Fraktion ist das Instrument gut, richtig und passt auch in die Führungslandschaft der Schulen. Inhaltlich wollen wir an diesem Instrument nichts ändern.

Wir haben einen Antrag formaler Natur gestellt. Die erste Begründung: Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass die Rechnungsstruktur und auch die Abgrenzung zu den übrigen Gemeindefinanzen beim Gemeinderat bleibt. Zweite Begründung: Zusätzlich zum Aufgeführten ist aus den Erläuterungen nicht klar, wohin der Gemeinderat die Kompetenz delegieren will, ob in die Finanzabteilung oder in die BSS. Es sollen beide mitreden und wenn zwei mitreden, ist oft ein Schiedsrichter notwendig. Wir stellen den Antrag, in Art. 3 Abs. 2 den zweiten Satz: „Der Gemeinderat kann seine Kompetenz an die zuständigen Abteilungen delegieren“ zu streichen.

Gemeinderat Thomas Brönnimann (GLP): Den Ausführungen des GPK-Referenten gibt es nichts mehr beizufügen. Ein Wort zum Änderungsantrag formaler Natur der BDP-Fraktion: Bei der Ausformulierung des Reglements waren wir der Meinung, dass es sinnvoll ist, dass der Gemeinderat dies an die Abteilung – wir haben hier primär an die BSS gedacht – in Absprache mit der Finanzabteilung delegieren kann, wenn er dies will. Deshalb hält der Gemeinderat an seiner Version fest. Falls sich das Parlament für die Annahme des Änderungsantrags entscheidet, bricht jedoch keine Welt zusammen.

Detailberatung

Das Wort zur Detailberatung wird nicht ergriffen.

Beschluss

Der Änderungsantrag der BDP-Fraktion wird angenommen.

Abstimmungsergebnis: 19 Stimmen für Annahme, 17 Stimmen für Ablehnung.

Beschluss

1. Die Änderung des Reglements Spezialfinanzierung „Globalsteuerung Volksschule“ wird mit der beschlossenen Änderung genehmigt.
 2. Die Änderung tritt am 1. August 2016 in Kraft.
- Abstimmungsergebnis: Einstimmig
-

9. Energiekonzept Köniz 2025

Kenntnisnahme; Direktion Umwelt und Betriebe

Das Traktandum wird auf die Parlamentssitzung vom 27. Juni 2016 verschoben.

10. 1219 Motion (SP Köniz) "Stromgelder zur erfolgreichen Umsetzung der Energiestrategie 2010 - 2035 der Gemeinde Köniz"

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

Das Traktandum wird auf die Parlamentssitzung vom 27. Juni 2016 verschoben.

11. 1605 Postulat (Grüne) „SlowUp Region Bern - Köniz macht mit!“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

12. 1606 Interpellation (SP Köniz) "Köniz sozial: mit einer Mietfachstelle die Könizer Mieterinnen und Mieter stärken"

Beantwortung; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

Das Traktandum wird auf die Parlamentssitzung vom 27. Juni 2016 verschoben.

13. 1614 Interpellation (SVP) "Kosten Tour de Suisse 2015/Tour de France 2016"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Das Traktandum wird auf die Parlamentssitzung vom 27. Juni 2016 verschoben.

14. 1415 Postulat (SP, Grüne) „Altes Schulhaus Schliern“

Abschreibung; Direktion Bildung und Soziales

Das Traktandum wird auf die Parlamentssitzung vom 27. Juni 2016 verschoben.

15. Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden neu eingereicht:

- 1618 Motion (ParlamentarierInnen Schliern) „Zentrumsplanung Schliern – ganzheitlich!“
- 1619 „Motion (Grüne Köniz) „Köniz wird Mitglied des „Netzwerk Nachhaltiges Bauen Schweiz““
- 1620 Postulat (SP/Junge Grüne/Grüne) „Städte setzen ein solidarisches Zeichen - Direktaufnahme von Geflüchteten jetzt!“
- 1621 Interpellation (SP Köniz) „Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III in Köniz – Was tut der Gemeinderat?“
- 1622 Postulat (SP Köniz) „Kernregion Bern – Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen“

Parlamentspräsident Markus Willi: Dem Gesuch auf Verlängerung der Beantwortungsfrist für die Motion 1518 „Stärkung des Spezsek-Unterrichts und der Bildungsvielfalt“ bis zum 25. Dezember 2016, hat das Parlamentsbüro zugestimmt.

Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne): Einige Tage nach dem Beschluss über die Gasentsorgungsanlage in der Deponie Gummersloch erhielten wir von der Stiftung KLIK die Zusage, dass die Mittel gesprochen werden. Wir können mit hohen Mitteln aus diesem Fonds rechnen.

Gemeindepräsident Ueli Studer (SVP): Ich muss Ihnen die Nachricht überbringen, dass der Finanzverwalter Thomas Pfyl am letzten Donnerstag einen Herzinfarkt erlitten hat. Er musste ins Spital, konnte dieses aber nach zwei kleinen Eingriffen bereits bald wieder verlassen. Er ist nun zuhause. In den nächsten zwei bis drei Wochen wird er ausfallen und danach die Reha des Inselspitals besuchen, was ca. 12 Wochen dauern wird. In dieser Zeit wird er wieder mit einem reduzierten Pensum arbeiten können. Ich teile Ihnen dies mit, weil wir uns in einer relativ schwierigen Phase, am Ende des Budgetprozesses, befinden und in der Finanzstrategie. Für die Finanzverwaltung wird es nun eine grosse Herausforderung sein. Wir versuchen jedoch, alles zeitgerecht vornehmen zu können und dem Gemeinderat das Budget und die Finanzstrategie vorzulegen und anschliessend Ihnen.

Ein kurzes Telefongespräch heute mit Thomas Pfyl vermittelte mir das Gefühl, dass er froh ist, dass es ihm besser geht. Er weiss noch nicht, was alles auf ihn zukommen wird.

Wir wünschen Thomas Pfyl alles Gute für seine Gesundheit.

Parlamentspräsident Markus Willi: ich war schockiert über diese Nachricht und wünsche Thomas Pfyl im Namen des Parlaments alles Gute und bitte Gemeindepräsident Ueli Studer, ihm dies mitzuteilen. Thomas Pfyl soll sich gut erholen bevor er wieder ins Berufsleben einsteigt.

Bruno Schmucki (SP): Ich habe gerne, wenn auf meinem Platz anlässlich der Parlamentssitzungen Post liegt. Oft handelt es sich um Flyer für irgendwelche Veranstaltungen oder um Interessantes aus der Gemeinde. Der Brief der „Zukunft.ch-Stiftung“ erstaunte mich doch sehr, denn der Inhalt ist nicht lesenswert. Adressiert ist mein Couvert an „Gemeinderat Bruno Schmucki“ an der Landorfstrasse 1 in Köniz. Ich finde dies seltsam und wäre froh, wenn solches gar nicht verteilt würde. Der im Brief genannte sogenannte Islamwissenschaftler prügelt sich an Veranstaltungen regelmässig mit irgendwelchen Antifa-Leuten. Die Logik wäre, dass an der nächsten Sitzung ein Antifa-Flyer auf den Pulten liegen würde. Solche Debatten müssen hier nicht geführt werden.

Parlamentspräsident Markus Willi: Inhaltlich kann ich das Votum von Bruno Schmucki nachvollziehen. Formal ist es anders: Der Brief ist mit normaler Post bei der Gemeinde eingetroffen und Ihnen heute weitergeleitet worden. Die Couverts dürfen nicht geöffnet werden. Alle Gemeinderäte und die Verwaltung haben diesen Brief auch erhalten. Es ist mir nicht möglich, Ihnen hier einen besseren Prozess vorzuschlagen. Es besteht die Möglichkeit, den Brief zu refusieren, was dem Absender Kosten für das Strafporto auslösen wird. Diese Möglichkeit werde ich in Anspruch nehmen.

Bernhard Zaugg (EVP): Ich habe ein „Ämtli“ gefasst, das ich sehr gerne wahrnehme: Die Personalvereinigung der Gemeinde Köniz lädt uns an ihren nächsten Anlass am 28. Juni 2016 ein, an einem Fussball-Soccer-Plausch teilzunehmen. Das wäre eine Gelegenheit, dem Personal der Gemeinde Köniz einmal zu begegnen. Wer Interesse hat, kann sich bei mir melden. Leider ist an diesem Abend die Sitzung der Redaktionskommission geplant.

Parlamentspräsident Markus Willi: Wir sehen uns am nächsten Montag, 27. Juni 2016 um 19.00 Uhr zur Fortsetzung der heutigen Parlamentssitzung. Kommen Sie gut nach Hause.

Im Namen des Parlaments

Markus Willi
Parlamentspräsident

Verena Remund
Leiterin Fachstelle Parlament